



MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 8

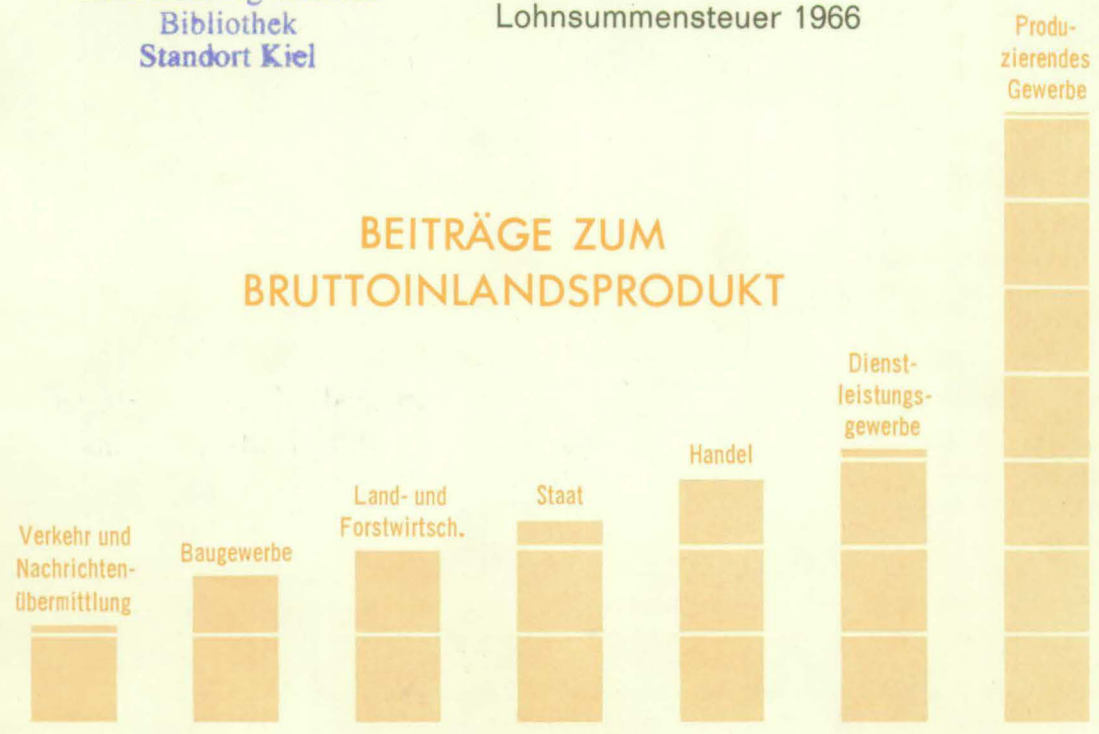
August 1969

Grafik des Monats: Bevölkerungsveränderung in den Ämtern

- Aufsätze:
- Warum ändern sich Geburtenzahlen?
 - Marktbindungen der Landwirte
 - Wandlungen Industriestruktur (Teil 1)
 - Güterverkehr Eisenbahn
 - Lohnsummensteuer 1966

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1968	1969	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	133	153	+	15
Beschäftigte	1 000	171	181	+	6
Umsatz ³	Mill. DM	811	890	+	10
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	23	+	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,7	p 6,6	-	14
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 791	2 096	+	17
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	154,1	161,2	+	5
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	112,6	136,0	+	21
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 103	6 291	+	23
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,4	108,0	+	2
Grundstoffpreise	1962 = 100	99,7 ^a	100,5 ^a	+	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100	99,4	100,3	+	1
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	98,0	106,5	+	9
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1962 = 100	115,7	118,7	+	3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	111,3	113,8	+	2
GELD UND KREDIT					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten ⁵	Mill. DM	2 253
mittel- und langfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	7 450
Spareinlagen ⁷	Mill. DM	4 254
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	44	62	+	41
Landessteuern ⁹	Mill. DM	81	90	+	11
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	34	31	-	8
Lohnsteuer	Mill. DM	50	56	+	13

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Dezember bis April

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

7) Bestand am Monatsende 8) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/ Einfuhrumsatzsteuer

9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monatsdurchschnitt Januar bis April



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 8

August 1969

Aktuelle Auslese



Stete Gefahr: Straßenverkehr

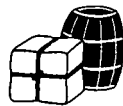
Das leichte Zurückbleiben der Unfallzahlen in den ersten vier Monaten 1969 gegenüber der entsprechenden Zeit 1968 muß leider mit dem schlechten Wetter dieser Monate in Verbindung gebracht werden. Im Mai und Juni wurden die Unfallzahlen des Vorjahres schon wieder erreicht und leicht überschritten. An Getöteten sind mit 84 im Juni 1969 deutlich mehr zu beklagen als im Juni 1968 (74). Im ersten Halbjahr 1969 ereigneten sich mit 6 353 insgesamt 5 % weniger Unfälle mit Personenschaden als im ersten Halbjahr 1968, die Zahl der Getöteten lag mit 317 um 2 % unter der von 1968, und die 8 684 Verletzten waren 5 % weniger als vor Jahresfrist.



Weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Im Juli 1968 wurden in landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LN 111 000 voll- und teilbeschäftigte Betriebsinhaber und Familienangehörige und 18 700 ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte gezählt. Beide Zahlen liegen beachtlich unter den entsprechenden Werten für Juli 1966, wo 118 000 Familienkräfte und 21 800 familienfremde Arbeitskräfte ermittelt worden waren.

Das Größenverhältnis dieser beiden Gruppen zueinander verändert sich stark mit der Betriebsgröße. In Betrieben bis zu 30 ha LN überwiegen die Familienangehörigen um etwa das zwanzigfache, in Betrieben zwischen 30 und 50 ha noch um das sechsfache, und erst darüber gibt es ebenso viele familienfremde wie familienangehörige Arbeitskräfte. Dabei verdeckt die Zusammenfassung aller Betriebe ab 50 ha LN, daß in Großbetrieben die Familienfremden in der Überzahl sind.



Lebhafter Warenaustausch mit Mitteldeutschland

Mit Warenbezügen im Werte von 5,7 Mill. DM war der Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost im 2. Vierteljahr 1969 erheblich lebhafter als vor einem Jahr (3,3 Mill. DM). Die Lieferungen dagegen waren mit 2,8 Mill. DM etwas geringer als vor Jahresfrist (3,2 Mill. DM). Schwerpunkte unter den Bezügen aus Mitteldeutschland waren mit je 1,3 Mill. DM Erzeugnisse der Chemie und des Maschinenbaus. Unter den Lieferungen dominierten Ernährungsgüter für 0,7 Mill. DM.



Gestiegenes Steueraufkommen

Im ersten Halbjahr 1969 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 1,7 Mrd. DM an Landes- und Bundessteuern eingenommen, das sind 15 % mehr als im 1. Halbjahr 1968. Auf die Landessteuern entfielen 612 Mill. DM (+ 13,1 %), auf die Bundessteuern 1,071 Mill. DM (+ 16,8 %). Bestimmend für das gestiegene Landessteueraufkommen war die Lohnsteuer, die sich um 17 % erhöhte. Für das Ansteigen des Bundessteueraufkommens waren die Steuern vom Umsatz (+ 47,2 %) der entscheidende Faktor.



34 Mill. DM Wohngeld im Jahr

An die Wohngeldempfänger in Schleswig-Holstein wurden im 2. Halbjahr 1968 17,8 Mill. DM Wohngeld ausgezahlt gegenüber 16,1 Mill. DM im ersten Halbjahr. Auf Mietzuschuß entfielen 78 % und auf Lastenzuschuß 22 %. Im Dezember 1968 ergaben sich im Durchschnitt je Fall 45 DM Mietzuschuß und 73,40 DM Lastenzuschuß.

Aus dem Inhalt

Warum ändern sich Geburtenzahlen ? S.167

Die Geburtenziffer ist 1968 stärker als erwartet zurückgegangen. Zeigt sich darin eine echte Änderung der Geburtenfreudigkeit der Bevölkerung, die immer bewußter Familienplanung betreibt? Der Versuch, die "richtige" oder auch die künftige vermutliche Zahl der Geburten zu berechnen, muß sich auf altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern und den Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung stützen. In den letzten 15 Jahren haben sich die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern erhöht und zugunsten der jüngeren Frauen verschoben. Auch die Entwicklung der Eheschließungen ist zu beobachten. Ein Vergleich der nach den Verhältnissen bis 1964 für die Jahre ab 1965 zu erwartenden Zahlen der Lebendgeborenen mit den bis 1968 schon bekannten tatsächlichen Zahlen bestätigt die anfängliche Vermutung einer "echten" Verringerung der Geburtenhäufigkeit über das demographisch bedingte Absinken hinaus.

Marktbindungen der Landwirte Seite 170

Ein Bauer kann auf verschiedene Weise als Marktpartner gebunden sein, z. B. als Mitglied einer Genossenschaft oder als Vertragspartner eines Abnehmers. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind heute 85 Jahre alt und im Raiffeisenverband zusammengeschlossen. Man unterscheidet Kredit-, Meierei-, Waren- und Betriebsgenossenschaften. Fragen bei der EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft erbrachten, daß 77 % aller Betriebe einer Genossenschaft angehörten. Bei den Betrieben unter 2 ha überwiegt die Inanspruchnahme für den Einkauf landwirtschaftlicher Betriebsmittel, bei den übrigen halten sich Einkauf und Verkauf der eigenen Produkte die Waage. Im ganzen steigt der Anteil genossenschaftlicher Bindungen mit der Betriebsgröße. Vertragliche Bindungen sind demgegenüber viel seltener, jedoch erheblich stärker von der Betriebsgröße abhängig: unter 2 ha sind nur 3 % der Betriebe vertraglich gebunden, über 100 ha sind es 77 %. Überwiegend dort werden Produkte erzeugt, deren Absatz nur bei vertraglicher Bindung möglich ist, wie z. B. Zuckerrüben, Feldgemüse, Saatgut.

Wandlungen Industriestruktur (Teil 1) Seite 175

Der Aufsatz rekapituliert kurz die wesentlichen Merkmale der Entwicklung der Industrie seit dem 2. Weltkrieg: stürmische Aufbauphase etwa bis 1957, Phase des Ausbaus und der Konsolidierung ab 1958. In einer großen Tabelle sind die Reihen der wichtigen Daten für diese zwei Perioden dargestellt: Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Umsatz, Energieverbrauch, Produktionsindex. Das engere Thema der strukturellen Wandlungen beginnt in diesem

ersten Teil des Aufsatzes mit den Beschäftigten. Die Industriezweige werden gruppiert in solche, deren Beschäftigtenzahl von 1958 bis 1968 gesunken, konstant geblieben oder gestiegen ist. Die beschäftigungskonstanten Industriezweige (Toleranz bis zu 5 % Zu- oder Abnahme) sind nur vier, ihr Gewicht mit 6 % nur gering. Es handelt sich um die Fischverarbeitung, die Bekleidungs- und die Spirituosenindustrie.

Güterverkehr Eisenbahn Seite 181

Seit 1963 ist der Güterverkehr auf den Eisenbahnen Schleswig-Holsteins ständig zurückgegangen. Sowohl Abwandern zu anderen Verkehrsträgern als auch echte Abnahmen des Transportvolumens bestimmter Güter haben dies verursacht. Versandte und empfangene Gütermenge sind in Schleswig-Holstein stets ungleich gewesen, und zwar ist der Empfang doppelt so groß wie der Versand. Die Anteile der vier Verkehrsbezirke des Landes am gesamten Güterverkehr sind recht unterschiedlich. Von dem Beförderungsrückgang zwischen 1962 und 1967 wurden beide Verkehrsrichtungen betroffen, jedoch nicht alle Partnerländer. So hat sich der Versand nach Mitteldeutschland verzehnfacht und auch nach Niedersachsen und Bremen erhöht, und der Empfang aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und dem Ausland ist gewachsen. Für 1967 wird für jedes Land die Güterstruktur des Eisenbahnverkehrs betrachtet, nach den Transportrichtungen getrennt. Erdöl, Düngemittel, Zuckerrüben, Kohle, Fahrzeuge, Baumaterialien, Eisen und Stahl, um nur einige zu nennen, spielen dabei eine wichtige Rolle.

Lohnsummensteuer 1966 Seite 186

Nur in 8 der fast 1 400 Gemeinden Schleswig-Holsteins wurde 1966 die Lohnsummensteuer erhoben, die als besondere Form der Gewerbesteuer auch solche Betriebe stärker heranziehen soll, die zwar sehr lohnintensiv, aber wenig ertragreich oder kapitalkräftig sind. 7 759 Betriebe hatten Lohnsummensteuer zu zahlen, ihre Lohnsumme betrug 1,9 Milliarden DM. Gegenüber 1958 hat sich die Zahl der Steuerfälle um 4 % vermindert, die Lohnsumme um über 100 % erhöht. Der Steuerertrag machte 33 Millionen DM aus, das sind 1,7 % der Lohnsumme und im Vergleich zu den Erträgen aus den ergiebigen Steuerarten eine unbedeutende Summe. Für die jeweilige Gemeinde aber stellt dies doch eine ganz erhebliche Einnahmequelle dar. Das Schwergewicht des Aufkommens (30 Mill. DM) lag bei Lübeck, Kiel und Neumünster. Den größten Teil trugen die Betriebe der Industrie bei, erst mit Abstand gefolgt von denen des Handels.

Warum ändern sich Geburtenzahlen ?

Im Jahre 1968 wurden in Schleswig-Holstein 43 833 Kinder geboren, rund 1 500 weniger als 1967. Die allgemeine Geburtenziffer - Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner - sank von 18,2 auf 17,4. Wenn auch mit einem Absinken der Zahl der Lebendgeborenen und der Geburtenziffer auf Grund der Altersstruktur der Bevölkerung zu rechnen war, so überraschte doch der starke Rückgang von einem Jahr zum anderen. Diese Entwicklung hat sich nicht nur in Schleswig-Holstein gezeigt, sondern auch im gesamten Bundesgebiet. Dort sank die Geburtenziffer von 17,0 auf 16,1. Es wird vermutet¹, daß hier über die rein demografischen Ursachen hinaus zwei Gründe maßgebend sind, und zwar der Konjunkturrückgang in den Jahren 1966/67 und das Bestreben der Bevölkerung, die Familiengröße immer bewußter zu planen. Die vor einigen Monaten vom Statistischen Bundesamt begonnenen Berechnungen konnten inzwischen ergänzt werden²; ihre Ergebnisse bestätigen die früheren Überlegungen, daß im letzten Jahr neben den strukturellen Einflüssen "echte" Veränderungen der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen waren. Die Eheleute wollten weniger Kinder.

Der unerwartet starke Geburtenrückgang im letzten Jahr regte dazu an zu untersuchen, wie sich die Zahl der Lebendgeborenen in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg entwickelt hat. Im Jahre 1945 wurden in Schleswig-Holstein rund 37 300 Kinder geboren. In den folgenden vier Jahren waren es dagegen durchschnittlich 45 300 Lebendgeborene im Jahr. Dieser Anstieg ist vor allem auf eine erhebliche Bevölkerungszunahme um Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren zurückzuführen. Während vor dem Kriege 1,6 Mill. Menschen in Schleswig-Holstein lebten, waren es Ende der 40er Jahre 2,6 Millionen. Die Geburtenziffer lag in den Jahren 1945 bis 1949 bei gut 17 Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner. Sie war damit zwar nicht so hoch wie vor dem Kriege (1938 : 21,6), deutete aber doch auf einen "Nachholbedarf" an Geburten hin. Viele Geburten waren wegen der Abwesenheit der Männer während des Krieges und der Gefangenschaft sowie durch die schwierigen Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse aufgeschoben worden. Die erste Geburtenwelle nach dem Kriege ebte in den folgenden Jahren ab; 1955 wurden knapp 31 900 Kinder geboren, das waren nur noch 14 je 1 000 Einwohner.

1) "Geburtenrückgang im Jahre 1968" in Wirtschaft und Statistik 1969, S. 152 (März)

2) "Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1968" in Wirtschaft und Statistik 1969, S. 259 (Mai)

Lebendgeborene in Schleswig-Holstein

Jahr	Lebendgeborene	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner ¹
1938	33 596	21,6
1945	37 310	17,2
1946	45 973	17,9
1947	44 973	17,3
1948	45 730	17,3
1949	44 486	16,8
1950	41 370	15,9
1951	38 044	15,2
1952	35 656	14,6
1953	33 724	14,3
1954	32 654	14,2
1955	31 878	14,0
1956	32 233	14,3
1957	33 788	15,0
1958	34 399	15,2
1959	36 710	16,1
1960	37 786	16,4
1961	40 258	17,4
1962	41 222	17,6
1963	43 596	18,4
1964	45 226	18,9
1965	44 708	18,5
1966	45 930	18,7
1967	45 351	18,2
1968	43 833	17,4

1) allgemeine Geburtenziffer

Dann aber setzte eine neue Geburtenwelle ein, die 1966 ihren Höhepunkt mit fast 46 000 Lebendgeborenen erreichte. Seitdem ist die Geburtenentwicklung rückläufig.

Die allgemeine Geburtenziffer ist zwar ein gebräuchliches, aber sehr grobes Maß, um die Geburtenentwicklung zu beurteilen. Sie bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung, während die Zahl der Geborenen nur von einem Teil der Bevölkerung, den Frauen im gebärfähigen Alter, abhängt. Zu den Frauen im gebärfähigen Alter werden die 15- bis 44jährigen Frauen gerechnet. Von jüngeren werden nur ganz vereinzelt und von älteren Frauen nur wenige Kinder geboren. 1968 wurden in Schleswig-Holstein von Müttern im Alter von 45 und mehr Jahren nur 26 Kinder geboren, das sind weniger als 0,1% aller Lebendgeborenen. Der Anteil der 15- bis 44jährigen Frauen an der Gesamtbevölkerung ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen und macht heute weniger als 20% aus. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer - Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren - ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Erst 1967 zeigt sie einen leichten Rückgang. Für 1968 ist sie noch nicht bekannt. Steigende Fruchtbarkeitsziffern deuten auf eine zunehmende Bereitschaft zum Kind

Die Frauen im gebärfähigen Alter
und die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer in Schleswig-Holstein

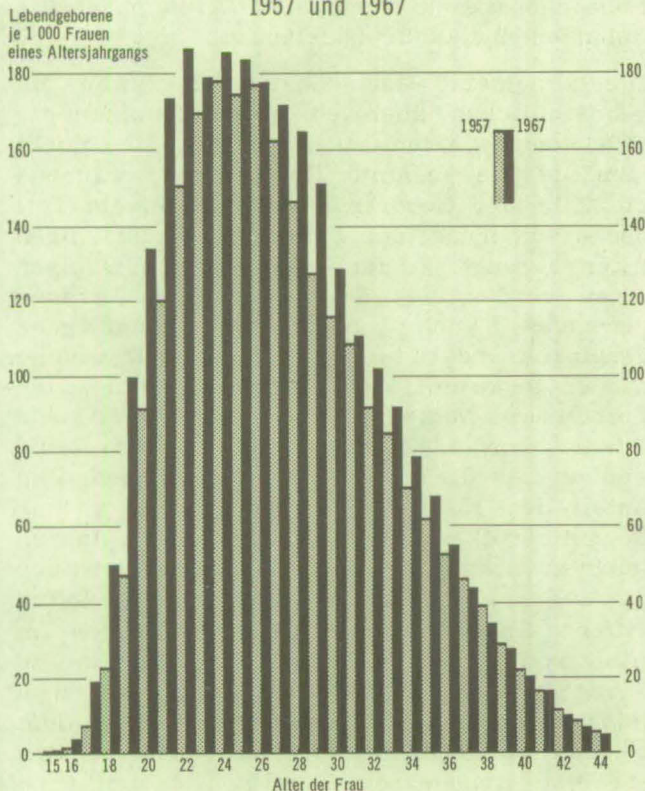
Jahr	Anteil der 15- bis 44jährigen Frauen an der Bevölkerung in %	Lebendgeborene je 1 000 ¹ 15- bis 44jährige Frauen
1952	21,8	67,4
1953	21,7	66,3
1954	21,6	65,6
1955	21,6	64,9
1956	21,1	67,8
1957	20,8	71,8
1958	20,6	73,5
1959	20,3	79,0
1960	20,0	81,7
1961	20,3	85,3
1962	20,3	86,3
1963	20,3	90,2
1964	20,2	93,0
1965	19,9	92,1
1966	19,6	94,8
1967	19,4	93,6

1) allgemeine Fruchtbarkeitsziffer

hin. Bessere Aufschlüsse hierüber liefern die auf die einzelnen Altersjahrgänge bezogenen Fruchtbarkeitsziffern.

Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (Lebendgeborene je 1 000 Frauen eines bestimmten Alters) haben sich im letzten Jahrzehnt erheblich erhöht und zugunsten der jüngeren Frauen verschoben. Es gibt heute mehr junge Mütter. Das wird deutlich, wenn die altersgruppenspezifischen Fruchtbarkeits-

D - 4057 Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern
1957 und 1967



ziffern für 1957 und 1967 einander gegenübergestellt werden.

Alter der Mutter am 31. 12.	Lebendgeborene je 1 000 Frauen		Veränderung 1967 gegenüber 1957 in %
	1957	1967	
15 - 19	16	36	+ 120
20 - 24	138	172	+ 25
25 - 29	156	169	+ 8
30 - 34	93	104	+ 12
35 - 39	47	45	- 5
40 - 44	11	11	-

Da gegenwärtig in Schleswig-Holstein etwa 96% aller Kinder innerhalb einer bestehenden Ehe geboren werden, ist es erforderlich, die Geburtenentwicklung auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Eheschließungen zu betrachten. Die Zahl der Eheschließungen ist seit einigen Jahren rückläufig. Während 1962 in Schleswig-Holstein 22 651 Ehen geschlossen wurden, waren es 1968 nur noch 19 845. Die Eheschließungsziffer (Eheschließungen je 1 000 Einwohner) sank in diesem Zeitraum von 9,7 auf 7,9. Diese Abnahme hängt weitgehend mit den Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zusammen. In das heiratsfähige Alter gelangen jetzt die Angehörigen der schwachbesetzten Geburtsjahre um Kriegsende.

Die hohe Zahl der jungen Mütter deutet darauf hin, daß heute in jüngeren Lebensjahren geheiratet wird als in den 50er Jahren. Eine kleine Bestätigung dafür bietet die Entwicklung des durchschnittlichen Heiratsalters in den Nachkriegsjahren. Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen, die vor der Eheschließung ledig gewesen sind, ging von 24,7 Jahren (1950) auf 22,7 Jahre (1967) zurück. Diese Durchschnitte lassen allerdings die sehr große Streuung nicht erkennen; es gibt Frauen, die bei der Eheschließung erst 16 Jahre alt sind und andere, die das 70. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die meisten Kinder werden in den ersten Jahren nach der Eheschließung geboren, viele in den ersten Monaten der Ehe. Im Jahr 1967 wurden 43% der ehelich Erstgeborenen in Schleswig-Holstein nach einer Ehedauer der Eltern von weniger als neun Monaten geboren. Die Tatsache, daß die meisten Kinder sehr bald nach der Eheschließung der Eltern geboren werden, läßt sich mit Hilfe einer "Kohortenanalyse" beweisen, die durch das Aneinanderreihen der Ergebnisse der laufenden Geburtenstatistik für bestimmte Ehejahrgänge der Eltern konstruiert werden kann. Die Tabelle über die Lebendgeborenen der seit 1957 geschlossenen Ehen nach der Ehedauer enthält solche Ergebnisse. Die hier angegebene Beobachtungsreihe umfaßt die Eheschließungs-

Lebendgeborene der seit 1957 geschlossenen Ehen nach der Ehedauer in Schleswig-Holstein

Eheschließungsjahr	Lebendgeborene je 1 000 Ehen nach einer Ehedauer von durchschnittlich ... Jahren											
	0,5	1,5	2,5	3,5	4,5	5,5	6,5	7,5	8,5	9,5	10,5	11,5
1957	224,0	542,4	763,6	950,1	1 120,1	1 262,3	1 385,7	1 497,3	1 585,9	1 656,9	1 717,7	1 766,3
1958	216,5	540,6	769,5	968,3	1 138,5	1 292,8	1 422,0	1 525,9	1 617,1	1 693,4	1 752,5	
1959	227,9	559,1	794,5	1 000,9	1 180,6	1 337,3	1 468,0	1 575,5	1 662,0	1 736,6		
1960	216,8	558,3	795,1	1 006,8	1 198,9	1 357,6	1 491,3	1 600,5	1 686,7			
1961	219,8	562,6	809,9	1 025,4	1 209,1	1 368,4	1 494,7	1 595,6				
1962	213,5	564,2	805,0	1 015,5	1 201,6	1 356,1	1 478,2					
1963	215,2	575,8	820,6	1 035,3	1 225,7	1 375,7						
1964	220,7	571,7	827,2	1 040,9	1 217,3							
1965	215,5	579,1	822,9	1 023,6								
1966	222,7	579,5	810,0									
1967	232,7	580,8										
1968	238,3											

Ergebnisse für das Bundesgebiet sind veröffentlicht in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 173 (März), "Kinderzahl der seit 1947 geschlossenen Ehen"

jahre 1957 bis 1968. Die Zahl der geborenen Kinder der 1957 geschlossenen Ehen kann somit bis zu einer Ehedauer von 11,5 Jahren übersehen werden. Für die 1968 geschlossenen Ehen macht dagegen der Beobachtungszeitraum im Schnitt nur ein halbes Jahr aus.

Wie die Tabelle zu verstehen ist, zeigt das folgende Beispiel für die im Jahre 1960 geschlossenen Ehen. Aus 1 000 dieser Ehen gingen bis Ende 1968, d. h. nach 8,5jähriger Ehe, durchschnittlich 1 687 Kinder hervor. Von diesen Kindern wurden 47% (795) bereits nach 2,5jähriger Ehe und 60% nach 3,5jähriger Ehe geboren. Wird davon ausgegangen, daß nach dem 45. Lebensjahr im allgemeinen keine Kinder mehr empfangen werden, so hat eine Frau, die z. B. mit 24 Jahren heiratet, jedoch nicht nur 11,5 Ehejahre bis zum 45. Lebensjahr vor sich, sondern insgesamt 21 Jahre. Der durchschnittliche jährliche Geburtenenertrag wird aber bereits nach wenigen Ehejahren kleiner. In den betrachteten Jahren ist nun zu beobachten, daß sich der Geburtenenertrag noch weiter auf die ersten Ehejahre hin konzentriert hat. In allen Spalten (Ehedauer) werden die Zahlen nach unten zu größer d. h. die später geschlossenen Ehen erreichen nach derselben Dauer eine höhere Kinderzahl als die früher geschlossenen.

Wie sich der durchschnittliche jährliche Geburtenenertrag über viele Jahre Ehedauer hin verteilt, wird nachstehend am Beispiel der Ehen des Jahres 1951 gezeigt, dessen Zahlen an Lebendgeborenen allerdings für die weiteren Eheschließungsjahre nicht in der Höhe, sondern nur in der Größenordnung und Entwicklungsrichtung repräsentativ sein können:

In 1 000 Ehen des Eheschließungsjahres 1951 wurden

Im Jahre	nach durchschnittlich ... Jahren	... Kinder lebendgeboren
1951	0,5	212,7
1952	1,5	288,5
1953	2,5	182,8
1954	3,5	146,5
1955	4,5	124,9
1956	5,5	102,5
1957	6,5	91,2
1958	7,5	73,0
1959	8,5	65,0
1960	9,5	55,0
1961	10,5	45,5
1962	11,5	37,2
1963	12,5	32,4
1964	13,5	28,1
1965	14,5	22,0
1966	15,5	17,6
1967	16,5	13,9
1968	17,5	11,6

Es ist möglich, die Beobachtungskette - z. B. für die in der Tabelle angegebenen Eheschließungsjahre 1957 bis 1968 - über das Jahr 1968 hinaus durch Schätzungen zu verlängern. Eine solche Schätzung setzt voraus, daß sich die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit annähernd auch in der Zukunft fortsetzen wird. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Geborenen von 1967 auf 1968 läßt aber vermuten, daß sich neben den strukturellen Einflüssen auch "echte" Veränderungen in den Verhaltensweisen der Eltern fortsetzen werden.

Es soll nun versucht werden zu errechnen, wieweit der Geburtenrückgang im letzten Jahr auf Veränderungen der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung Schleswig-Holsteins und wieweit er auf "echte" Veränderungen der Geburtenhäufigkeit zurückzuführen ist. Zu diesem Zweck wurden die altersspezifischen

Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1965 mit den Frauen entsprechenden Alters aus den Jahren 1966, 1967 und 1968 multipliziert und eine fiktive Zahl von Geborenen errechnet. Dieses vom Statistischen Bundesamt³ als "Erwartungszahl der Lebendgeborenen" bezeichnete Ergebnis umfaßt die Kinder, die in den Jahren 1966 bis 1968 hätten geboren werden müssen, wenn die Geburtenhäufigkeit noch so groß gewesen wäre wie im Jahre 1965.

Jahr	Erwartungszahl ¹	Tatsächliche Zahl
	der Lebendgeborenen	
1965	44 708	44 708
1966	44 914	45 930
1967	44 898	45 351
1968	44 973	43 833
Veränderung 1968 gegenüber 1965	+ 265	- 875

1) errechnet mit altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern von 1965

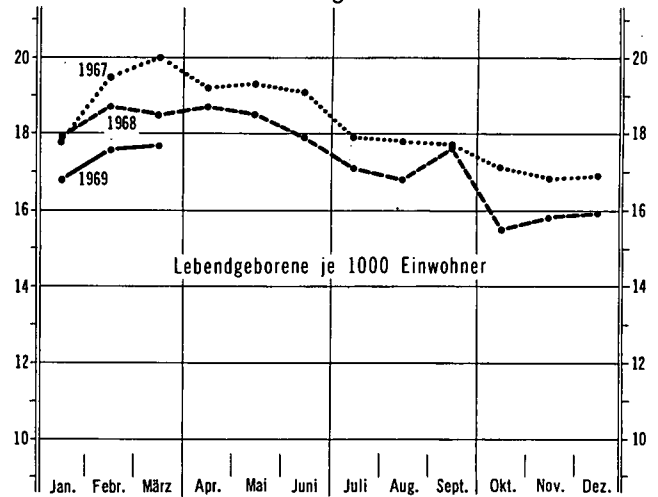
Tatsächlich ist die Zahl der Lebendgeborenen von 1965 auf 1968 um 875 zurückgegangen. Auf Grund der Verschiebung in der Altersgliederung der Frauen in diesem Zeitraum hätte - unter Voraussetzung der unveränderten Fruchtbarkeitsziffern von 1965 - aber noch mit einer leichten Erhöhung der Zahl der Lebendgeborenen gerechnet werden können (+ 265). Es ist also naheliegend anzunehmen, daß die Eheleute weniger Kinder wollten. Die unerwartete Abnahme konnte - wie eingangs erwähnt wurde - auch für das gesamte Bundesgebiet festgestellt werden.

Auch im ersten Vierteljahr 1969 wurden in Schleswig-Holstein weniger Kinder geboren

3) "Geburtenrückgang im Jahre 1968" in Wirtschaft und Statistik 1969, S. 152 (März)

D - 4058

Der Jahresverlauf der Geburtenziffer in Schleswig-Holstein



als in der gleichen Zeit der Vorjahre. Die allgemeine Geburtenziffer sank nicht unerheblich.

Monat	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner ¹		
	1967	1968	1969	1967	1968	1969
Januar	3 737	3 791	3 605	17,8	17,9	16,8
Februar	3 694	3 716	3 425	19,5	18,7	17,6
März	4 205	3 922	3 803	20,0	18,5	17,7
1. Vierteljahr	11 636	11 429	10 833	.	.	.

1) allgemeine Geburtenziffer

Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Lebendgeborenen weiterhin rückläufig sein wird, und zwar auf Grund der Veränderungen in der Alterszusammensetzung der Frauen im gebärfähigen Alter. Ob sich die darüber hinaus anbahnende rückläufige Entwicklung infolge sinkender Geburtenfreudigkeit fortsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Genossenschaftliche und vertragliche Bindungen der Landwirte in Schleswig-Holstein

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Schleswig-Holstein ist heute 85 Jahre alt. Nach Entstehen der ersten Einzelgenossenschaften, die sich damals landwirtschaftliche Konsumvereine nannten, wurde im Jahre 1884 der "Verband der landwirtschaftlichen Konsumvereine des Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Generalvereins" gegründet. Es war die Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen. Die Landwirtschaft

hatte mehrere Krisen durchzumachen; die Gründung fällt in die Zeit der Preiskrisen, in die Zeit umwälzender technischer Neuerungen im Verkehrswesen und der Industrie, aber auch in die Zeit der ersten Anwendung von künstlichem Dünger, der regelmäßigen Saatguterneuerung usw.

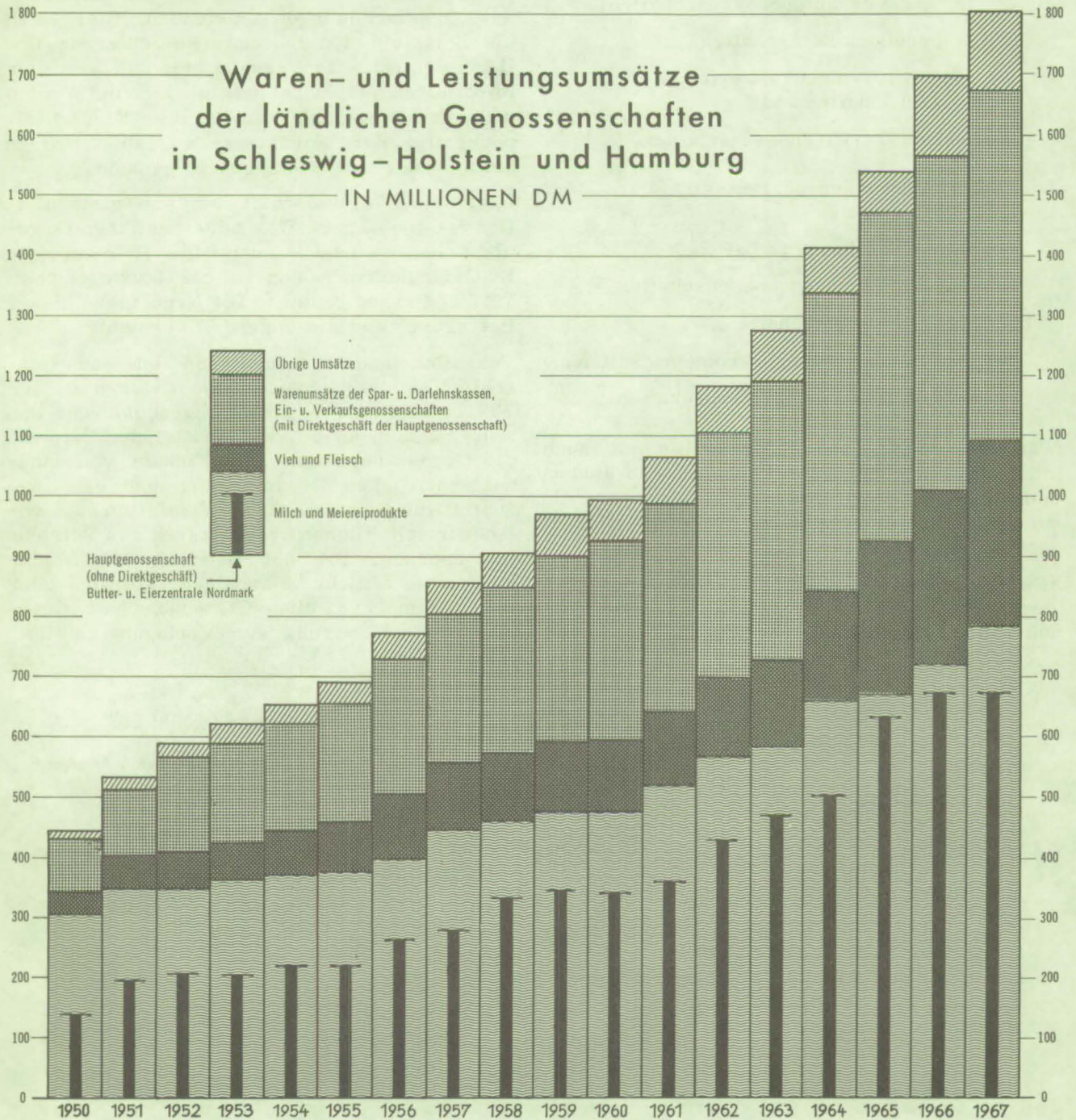
Die Genossenschaftsgründungen entsprangen "christlich-sozialen und solidaristischen Be-

strebungen" einerseits, aber auch "aus der nüchternen Abschätzung der wirtschaftlichen Vorteile, welche die Kooperation zu bringen vermag". Die Genossenschaften sollten vor allem den kleineren Betrieben dienen. Sie sollten beispielsweise die Vorteile des Großeinkaufs auch für die kleineren Betriebe bringen, sie sollten dem "kleinen Manne zu jenen Möglichkeiten verhelfen, die seinem Gegenüber im Wirtschaftsverkehr, dem Händler oder Fabrikanten, aus der größeren Kapitalmacht, der besseren Marktübersicht und Menschenkenntnis zumeist schon in der Vereinzelung zufallen". Außerdem sollten die

Genossenschaften "Unternehmergewinne oder gar Monopolrenten" ausschalten¹.

Inwieweit diese Ziele der Genossenschaften heute noch relevant sind, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls fordern die laufenden Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse und der Zwang zur Rationalisierung auf allen Gebieten auch von den Genossenschaften ständige Anpassung und Wandlung in ihrer Organisation und in den Geschäftspraktiken.

Heute sind in dem "Raiffeisenverband Schleswig-Holstein und Hamburg e. V." gut 1 000 Ge-



Aus dem Mitteilungsblatt Nr. 22/1968 des Raiffeisenverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg e. V.

1) Zitate dieses Absatzes: Abel, W., Agrarpolitik, S. 69/70, Göttingen 1951

nossenschaften zusammengefaßt. Am 31.12.67 waren es:

- 5 Zentralgeschäftsanstalten,
- 358 Kreditgenossenschaften,
- 341 Meiereigenossenschaften,
- 81 Warengenossenschaften,
- 357 Betriebsgenossenschaften und
- 19 Sonstige Wirtschaftsunternehmen.

Unter den Warengenossenschaften waren:

- 42 Ein- und Verkaufsgenossenschaften,
- 15 Fischereigenossenschaften,
- 6 Obst- und Gemüseverwertungs-
genossenschaften und
- 18 Sonstige Warengenossenschaften.

Die Betriebsgenossenschaften gliederten sich in:

- 79 Maschinengenossenschaften,
- 22 Rinderbesamungsgenossenschaften,
- 182 Wassergenossenschaften,
- 5 Grünfüttertrocknungsgenossenschaften und
- 69 Sonstige Betriebsgenossenschaften.

Wie in der Wirtschaft allgemein ist auch im Genossenschaftswesen seit einigen Jahren eine Konzentrationsbewegung zu erkennen, die zu größeren und leistungsfähigeren Einzelgenossenschaften führt.

Gleichzeitig stiegen Umsätze und Leistungen der Genossenschaften stark an, wie die vorstehende Grafik zeigt.

Besonders für die marktferne schleswig-holsteinische Landwirtschaft kommt es darauf an, nicht nur im Bereich der Produktion, sondern auch im Bereich der Vermarktung und Verarbeitung durch Konzentration und Rationalisierung die erhöhten Anforderungen des Marktes zu erfüllen. Als Mitglieder verschiedener Genossenschaftsunternehmen haben die Landwirte Einfluß auf diese Entwicklung. Neben den laufend modernisierten und vergrößerten Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Meiereigenossenschaften und Spar- und Darlehenskassen sind in jüngster Zeit weitere moderne zentrale Verwertungseinrichtungen entstanden. Hier seien als Beispiele die Butterwerke Schleswig und Hohenwestedt, die Versandschlachthäuser der Nordfleisch AG in Schleswig, Husum, Wrohm und Bad Bramstedt sowie die Eier-Großpackstelle der Nordmark-Ei-Gesellschaft in Schackendorf bei Bad Segeberg genannt.

Über die Mitgliedschaft bei landwirtschaftlichen Genossenschaften oder ähnlichen Organisationen wurden auch im Rahmen der EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 Fragen gestellt. Die Ergebnisse dieser Befragung zeigt die folgende Übersicht.

Von allen landwirtschaftlichen Betrieben (einschließlich Gartenbaubetrieben) waren danach 77% einer Genossenschaft angeschlossen. Und zwar nahmen knapp zwei Drittel der Betriebe die Genossenschaften zum Einkauf von landwirtschaftlichen Bedarfsgütern und gut zwei Drittel die Genossenschaften zum Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Betriebs in Anspruch. 20% der Betriebe ließen sich landwirtschaftliche Maschinen, Geräte oder Einrichtungen von einer Genossenschaft, deren Mitglied sie waren, zur Verfügung stellen.

Landwirtschaftliche Betriebe und Genossenschaften in Schleswig-Holstein (ohne Hamburg) 1966/67

Größenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Betriebe insgesamt	darunter Mitglied einer Genossenschaft	und zwar nahmen die Mitglieder die Genossenschaft in Anspruch für			
			Einkauf von landwirt- schaftlichen Bedarfsgütern	Verkauf von landwirt- schaftlichen Erzeugnissen des Betriebes	Zurverfügung- stellen von Maschinen, Geräten und Einrichtungen	mehrere Leistungen
unter 2 ha	11 310	3 334	2 356	1 857	248	1 302
2 - 10 ha	10 313	7 709	6 169	6 530	1 502	5 552
10 - 20 ha	10 640	9 827	8 618	9 209	2 810	8 371
20 - 50 ha	18 755	17 764	15 627	16 979	5 427	15 556
50 - 100 ha	3 153	2 857	2 508	2 703	936	2 475
100 und mehr ha	602	546	445	525	108	453
Insgesamt	54 773	42 037	35 723	37 803	11 031	33 709
5 und mehr ha	37 869	34 967	30 566	32 876	10 295	29 968

Quelle: EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 - Repräsentativerhebung -

Dabei nahmen 60% aller Betriebe mehrere der genannten Leistungen in Anspruch.

Bemerkenswert erscheint hierbei, daß bei den kleinsten Betrieben (unter 2 ha) der Einkauf über die Genossenschaft überwiegt, während bei den Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche die Genossenschaften in etwa gleichem Umfang für Einkauf und Verkauf in Anspruch genommen wurden. Beim Verkauf dürfte an erster Stelle der Milchverkauf stehen, da die Meiereien im Lande überwiegend genossenschaftlichen Status besitzen.

Die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft ist, wie die vorstehende Übersicht ebenfalls zeigt, abhängig von der Betriebsgröße. Wäh-

rend von den Betrieben unter 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche nur knapp 30% Genossenschaften angeschlossen waren, besaßen die Betriebe zwischen 2 und 10 ha bereits zu drei Viertel und von 10 ha an zu über 90% genossenschaftliche Bindungen.

Die geringere Beteiligung der Klein- und Kleinstbetriebe an Genossenschaften ist vor allem dadurch zu erklären, daß bei den meisten von ihnen der Betrieb nicht die Haupterwerbsquelle des Inhabers ist. Die Marktproduktion dieser Betriebe ist im allgemeinen recht gering, wenn nicht völlig unbedeutend, so daß weder für den Einkauf von Betriebsmitteln, noch für den Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft in Frage kommt.

Landwirtschaftliche Betriebe als Haupt- oder als Nebenerwerbsquelle in Schleswig-Holstein 1966/67

Größenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Betriebe insgesamt	davon			Betriebe mit Marktproduktion ¹
		Betrieb als		Inhaber juristische Person	
		Haupterwerbsquelle	Nebenerwerbsquelle		
		%			
unter 2 ha	11 310	14	84	—	10 926
2 – 10 ha	10 313	42	57	1	10 014
10 – 20 ha	10 640	93	7	—	10 550
20 – 50 ha	18 755	98	2	0	18 670
50 – 100 ha	3 153	97	2	1	3 147
100 und mehr ha	602	90	5	5	595
Insgesamt	54 773	69	30	1	53 902
5 und mehr ha	37 869	91	8	0	37 598

1) Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Werte von 1 000 DM und mehr pro Jahr

Quelle: EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 – Repräsentativerhebung –

Aus der vorstehenden Übersicht geht nochmals der Anteil der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe hervor. Erst von 10 ha Betriebsgröße an überwiegt eindeutig der Haupterwerbscharakter. Kleinere Betriebe haben zwar eine gewisse Marktproduktion, die Haupterwerbs- und einzige Unterhaltsquelle für eine Familie können sie jedoch nur als Spezialbetriebe mit starker tierischer Veredlung oder als Gartenbaubetriebe darstellen, es sei denn, der Inhaber begnügt sich mit einem sehr niedrigen Familieneinkommen.

Als weiteres Merkmal für die marktwirtschaftliche Orientierung und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe wurde bei der o. a. Erhebung nach den vertraglichen Bindungen beim Verkauf der Erzeugnisse gefragt. Bindungen und Andienungspflichten allein aufgrund von genossenschaftlicher Mitgliedschaft oder aufgrund von Gesetzen (damals noch bei

Vertragliche Bindungen der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein 1966/67

Größenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Betriebe insgesamt	darunter mit vertrag- lichen Bindungen	und zwar bei	
			pflanz- lichen Erzeug- nissen	tierischen Erzeug- nissen
			%	
unter 2 ha	11 310	3	2	1
2 – 10 ha	10 313	4	3	1
10 – 20 ha	10 640	9	7	2
20 – 50 ha	18 755	23	21	4
50 – 100 ha	3 153	53	50	7
100 und mehr ha	602	77	74	10
Insgesamt	54 773	15	13	2

Quelle: EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 – Repräsentativerhebung –

Milch gültig) galten hierbei nicht als vertragliche Bindung.

Danach hatten 1966/67 gut 8 000 Betriebe den Verkauf irgendeines Produktes oder auch mehrerer Erzeugnisse vertraglich geregelt, das sind nur 15% aller landwirtschaftlichen Betriebe. Überwiegend waren pflanzliche Produkte in Produktion oder Verkauf vertraglich gebunden. Kleinbetriebe und auch kleinbäuerliche Betriebe bis zu 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche hatten nur selten irgendwelche vertraglichen Bindungen. Diese Betriebe hielten - soweit es nicht Nebenerwerbs- oder Spezialbetriebe waren - fast

alle Milchvieh. Der Absatz von Milch war jedoch gesetzlich und gegebenenfalls durch genossenschaftliche Mitgliedschaft gesichert, so daß sich eine vertragliche Bindung erübrigte.

Mit zunehmender Betriebsgröße werden Produkte erzeugt, deren Absatz nur bei vertraglicher Bindung möglich ist, wie z. B. Zuckerrüben, Feldgemüse (teilweise), oder die nur auf vertraglicher Grundlage erzeugt werden können, z. B. Saatgut. Dadurch steigt auch die Häufigkeit vertraglicher Bindungen mit der Betriebsgröße.

Vertragliche Bindungen bei ausgewählten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Schleswig-Holstein 1966/67

Erzeugnis	Betriebe mit entsprechender Erzeugung insgesamt		darunter mit vertraglicher Bindung			
	Betriebe	Anbaufläche ha	Zahl	%	Anbaufläche ¹ ha	%
Getreide einschließlich Saatgut	38 457	404 445	1 346	4	43 655	11
Kartoffeln einschließlich Pflanzgut	18 684	17 973	904	5	3 382	19
Zuckerrüben ohne Saatgut	4 476	12 665	4 376	98	12 646	100
Ölfrüchte einschließlich Saatgut	3 158	25 983	127	4	1 443	6
Gemüse ² ohne Saatgut	3 627	9 815	1 091	30	5 330	54
Obsterzeugnisse	1 215 ^a	2 355	93	8	640	27
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	.	.	991	.	.	.
Rindvieh einschließlich Kälber	42 180	.	242	.	.	.
Schweine einschließlich Ferkel	41 755	.	1 133	.	.	.
Geflügel ohne Eintagsküken	42 388	.	63	.	.	.
Eier einschließlich Bruteler	41 283 ^b	.	30	.	.	.

1) Gesamtanbaufläche dieser Betriebe, also vertraglich gebundene und nicht gebundene Fläche zusammen 2) einschließlich Erdbeeren
a) Betriebe mit Obstanlagen im Ertrag b) Landwirtschaftliche Betriebe mit Legehennen einschließlich Junghennen (die Zahl der Legehennenhalter insgesamt ist wegen der nichtlandwirtschaftlichen Haltungen mehr als doppelt so groß)

Quelle: EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 - Repräsentativerhebung -

Bei Zuckerrüben wird praktisch hundertprozentig auf vertraglicher Grundlage produziert und abgesetzt.

Danach folgt - gemessen an dem Anteil des Vertragsanbaus - die Gemüseerzeugung. Zwar sind nur 30% der Gemüse anbauenden Betriebe Verträge eingegangen, diese Betriebe besitzen jedoch über die Hälfte der Gemüseanbaufläche. Aus anderen Erhebungen wissen wir, daß es vor allem Feldgemüsearten zur industriellen Weiterverarbeitung sind, wie Frischerbsen, Buschbohnen, Spinat, Karotten und Möhren sowie teilweise Kopfkohl, deren Anbau und Absatz - teilweise sogar Pflege und Ernte - zwischen Anbauer und Händler oder Fabrik vertraglich geregelt werden.

Hierzu ein Blick auf die Ergebnisse der Gemüseanbauerhebung 1966:

Gemüseart	Vertragsanbau in % der gesamten Anbaufläche
Herbstweißkohl	51
Dauerweißkohl	27
Herbstrotkohl	28
Dauerrotkohl	9
Frühjahrsspinat	80
Herbstspinat	25
Frühe Möhren	61
Frühe Karotten	
Späte Möhren	52
Späte Karotten	
Frischerbsen	93
Buschbohnen	82

Doch nun zurück zu den Ergebnissen der EWG-Strukturerhebung:

Beim Obst ist der vertraglich gebundene Anteil der Erzeugung ebenfalls nicht unbedeutend.

Wie bei allen Fruchtarten, die einen derartigen Vergleich zulassen, ist der Anteil der Betriebe mit vertraglichen Bindungen an der Gesamtzahl des Obstanbaues wesentlich kleiner als der Anteil der vertraglich gebundenen Fläche an der gesamten Obstanbaufläche. Hieran wird wiederum deutlich, daß vor allem Betriebe mit größeren Anbauflächen vertragliche Bindungen eingehen.

Bei den Kartoffeln und beim Getreide sind nur relativ wenige Betriebe vertraglich gebunden - zum großen Teil dürfte es sich um Saatgutvermehrter handeln -, die Flächenanteile sind hier allerdings nicht unbedeutend.

Bei der vertraglich gebundenen tierischen Produktion wurde lediglich die Zahl der jeweils in Frage kommenden Betriebe erfaßt, nicht jedoch deren Viehbestände.

Nennenswert ist der Anteil vertraglich gebundener Produktion lediglich in der Schweinehaltung. Bei der übrigen tierischen Produktion - abgesehen vom Milchverkauf und der in nur wenigen Betrieben vorhandenen Hähnchenmast - gibt es bisher nur sehr selten vertragliche Bindungen.

Mit dem Zwang zur überlegten und kontrollierten Produktion und der zunehmenden weltweiten Konkurrenz bei hohem Produktionsniveau - teilweise sogar Überproduktion - wird die hiesige Landwirtschaft gezwungen sein, sich durch enge vertragliche Bindung an die verarbeitende Industrie und an den Handel dem Markt anzupassen und ihren Absatz zu sichern.

Durch Beteiligung an Genossenschaften und ähnlichen Organisationen kann die Landwirtschaft darüber hinaus Einfluß auf die Vermarktung ihrer Produkte und letztlich auch auf die Preise gewinnen. Das erfordert ein hohes Maß an Solidarität, denn Erfolge werden keineswegs am ersten Tage sichtbar. Begünstigt wird dieser Prozeß dadurch, daß die landwirtschaftlichen Betriebe sich gleichzeitig zu größeren und leistungsfähigeren Einheiten entwickeln.

In den anderen Bundesländern und damit im Durchschnitt des Bundesgebietes sind die Verhältnisse in bezug auf genossenschaft-

liche Mitgliedschaft und vertragliche Bindungen trotz der ungünstigeren Betriebsgrößenstruktur keineswegs schlechter zu beurteilen als in Schleswig-Holstein. Im Bundesgebiet waren von allen 1 246 000 landwirtschaftlichen Betrieben 955 000 (77%) Mitglied einer Genossenschaft und zwar 811 000 für den Einkauf von Betriebsmitteln, 688 000 für den Verkauf von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und 256 600 für die Benutzung genossenschaftlicher Maschinen und Einrichtungen.

Die im Vergleich zu Schleswig-Holstein trotz wesentlich höheren Anteils von Kleinbetrieben gleich starke Verbreitung genossenschaftlicher Mitgliedschaft dürfte vor allem durch die in Süd- und Südwestdeutschland in großer Zahl vorhandenen kleinen, den Winzergenossenschaften angeschlossenen Weinbaubetriebe begründet sein.

Vertragliche Bindungen hatten im Bundesgebiet insgesamt 194 000 Betriebe (16%), davon allein 148 000 bei Zuckerrüben. Bei den übrigen Erzeugnissen sind vertragliche Bindungen ebenso wie in Schleswig-Holstein noch relativ selten.

Es bleibt abzuwarten, wie sich in den kommenden Jahren die vertraglich gebundene und damit besonders absatzorientierte und -gesicherte Produktion in der Landwirtschaft durchsetzen wird. Durch finanzielle Unterstützungen von Erzeugergemeinschaften, die vertragliche Bindungen aller Mitglieder voraussetzen, und die sich verschärfende Konkurrenz auf den Absatzmärkten könnte sich die vertraglich gebundene Produktion möglicherweise sehr schnell und weitgreifend durchsetzen, schneller als seinerzeit das Genossenschaftswesen. Die Beteiligung der Landwirtschaft an der Vermarktung und Verarbeitung ihrer Produkte in Form von Genossenschaften oder ähnlichen Organisationen und gleichzeitige streng vertraglich gebundene marktorientierte Produktion könnten die Schlüssel sein, der Landwirtschaft in einer freien Marktwirtschaft Einfluß und damit sichereren Absatz, angemessene Preise und ausreichende Existenzmöglichkeiten zu eröffnen.

Dr. Matthias Sievers

Wandlungen der Industriestruktur im letzten Jahrzehnt

Teil I

Wer die Entwicklungen in der schleswig-holsteinischen Industrie seit dem letzten Krieg - der Stunde Null - zu überblicken versucht, kann, grob gesehen, zwei Hauptphasen unter-

scheiden: die teilweise stürmische Aufbau-phase, die man bis Ende 1957 ansetzen kann, und die ab 1958 folgende Periode, in der wir uns noch befinden.

Bevölkerungsveränderung

in den Städten, amtsfreien Gemeinden und Ämtern
vom 1. Januar 1965 bis 31. Dezember 1968



N O R D S E E

O S T S E E

D Ä N E M A R K

SÜDTONDERN

FLensburg

HUSUM

SCHLESWIG

ECKERNFÖRDE

Alt

Kiel

PLÖN

OLDENBURG

Fehmarn

La. Sy

We

Sylt

Fähr

Amrum

Pellworm

Nordstrand

EIDERSTEDT

NORDER-DITHMARSCHEN

RENSBURG

EUTIN

SPO

Hel

Ein

Neum

Neu

Haff

Ra

St

Lüb



Helgoland
z. Krs. Pinneberg

SÜDER-DITHMARSCHEN

STEINBURG

SEGEBERG

HERZOGTUM

LAUENBURG

Jtz

Kalt

La. Utz

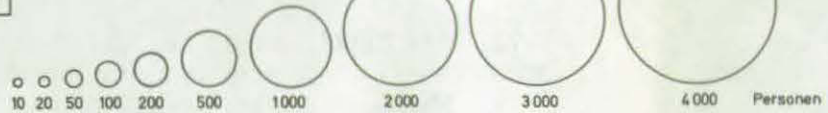
Tang

Old

Städte,
amtsfreie Gemeinden
und Ämter

mit Zunahme
mit Abnahme
der Bevölkerung

31.12. 1968 gegenüber 1.1.1965



In den vergangenen vier Jahren hat die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins um 123 000 Personen zugenommen. Über die Hälfte dieser Zunahme resultiert aus dem Wanderungsgewinn (65 000), der Rest aus dem Geburtenüberschuss.

Die stärksten Erhöhungen der Einwohnerzahl errechnen sich für die Hamburger Randkreise. Die Karte zeigt das sehr deutlich. Auch die Randgebiete der kreisfreien Städte sind stärker besiedelt als vor vier Jahren, häufig auf Kosten der zentral gelegenen Städte. Der Zug zum Eigenheim im Grünen läßt immer mehr Großstädter die Grenzen ihrer Stadt verlassen. Kiel, Neumünster, Flensburg haben Einwohner verloren, Neumünster rund 2 000. Die Hansestadt Lübeck hingegen, deren Flächenbesitz größer ist als der der drei anderen kreisfreien Städte zusammen, hat einen Bevölkerungszuwachs von 4 800 Einwohnern errungen.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß auch die Industriezentren im Innern des Landes Einwohner auf sich ziehen. Heide (2 200) oder Wahlstedt (1 700) z. B. haben ihre Einwohnerzahl kräftig erhöhen können.

Wiederaufbau nach dem Kriege

Die Nachkriegsentwicklung der Industrie in Schleswig-Holstein ist etwa 1957/58 zum Abschluß gekommen. Einige Daten sollen das veranschaulichen: von 1950 bis 1957 stieg die Beschäftigtenzahl um rd. 50%, als absolute Zahl ausgedrückt um mehr als 55 000 Personen. Bezeichnend für diesen Zeitraum ist, daß der jeweils im vorhergehenden Jahresmittel erreichte Wert ständig überschritten wurde. Dabei waren jährliche Zuwachsraten von etwa 10% keine Seltenheit. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl stieg auch die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, die als ein Indiz für den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit gelten kann. Die Entwicklung verlief hier aber schon etwas anders als bei den Beschäftigtenzahlen; nach anfänglicher Parallelität (1950 bis 1955) von Beschäftigtenzuwachs und Zunahme des Arbeitsvolumens geht die Entwicklung ab 1956 auseinander: die Beschäftigtenzahlen steigen noch bis 1957, während die Summe der geleisteten Arbeiterstunden 1956 ihr Maximum erreicht und dann eine langsam sinkende Tendenz aufweist. Hier wird eine Entwicklung erkennbar, die auch eine strukturelle Komponente hat, nämlich den Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch den Faktor Kapital. Tendenzielle Verknappung der Zahl der Arbeitskräfte und tarifliche sowie vertragliche Arbeitszeitverkürzungen bleiben dann auch für das folgende Jahrzehnt wirksame Komponenten der industriellen Entwicklung. Das Bild der Nachkriegszeit ist zu vervollständigen mit einigen weiteren Angaben: der Umsatz nahm von 2,4 Mrd. DM im Jahre 1950 auf 5,4 Mrd. DM im Jahre 1957 zu, das sind 122%! Die Preiskomponente darf dabei allerdings nicht übersehen werden, sie machte ungefähr 20% aus, wie der Index der industriellen Erzeugerpreise zeigt. Am kräftigsten sprangen die Preise - im Zusammenhang mit der Koreakrise - von 1950 = 100 auf 1952 = 121, was also vorwiegend durch außerwirtschaftliche Faktoren bedingt war. Nebenbei ist zu bemerken, daß die industriellen Erzeugerpreise über längere Zeit verhältnismäßig konstant geblieben sind: Die Meßziffer für 1957 lag nur geringfügig über dem Stand von 1952. Dazwischen waren die Preise sogar zurückgegangen (1954 = 115).

Zur Deckung des Energieverbrauchs trug die Kohle wesentlich bei: von 1950 bis 1957 wurden jährlich - mit Ausnahme des Jahres 1953 - um 950 000 Kohle verbraucht (in SKE umgerechnet)¹. Bei stagnierendem Kohleverbrauch nahm dagegen die Verwendung der fremdbezogenen elektrischen Energie rapide zu, von 1950 bis 1957 um 122%. Auch die

industrieeigene Erzeugung elektrischer Energie wurde ausgebaut: die Kraftwerke der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe lieferten 1957 über 70% mehr Strom als 1950 (ein Teil der eigenen Stromerzeugung wird jedoch nicht selbst verbraucht, sondern abgegeben). Einer der späteren großen Konkurrenten der Kohle, das Heizöl, macht sich in den ersten Nachkriegsjahren noch kaum bemerkbar, obwohl auch hier von 1954 (frühere Daten liegen nicht vor) bis 1957 der Verbrauch um mehr als 100% ansteigt und schon die kommende Entwicklung ahnen läßt.

Die produzierte Gütermenge war 1957 mehr als doppelt so groß wie 1950 - wie der Index der industriellen Produktion erkennen läßt -, wobei die qualitative Verbesserung der Güter noch kaum berücksichtigt ist. Zu ergänzen ist noch, daß in dem betrachteten Zeitraum die Zahl der Industriebetriebe laufend zurückgegangen ist. Für die Errechnung durchschnittlicher Betriebsgrößen (nach der Beschäftigtenzahl) muß 1951 als Ausgangsjahr gewählt werden, da infolge statistisch-methodischer Umstellungen (z. B. teilweise Erfassung von Handwerksbetrieben) das Jahr 1950 nicht sonderlich dazu geeignet ist. Zu dieser Zeit hatte der schleswig-holsteinische Industriebetrieb im Mittel 64 Beschäftigte, bis 1957 war der Mittelwert auf über 100 Beschäftigte je Betrieb gewachsen. Diese - auch strukturell bedeutsame - Entwicklung zum größeren Betrieb geht zwar auch heute noch weiter, hat sich aber seit 1958 ganz erheblich abgeschwächt, denn 1968 hatte der durchschnittliche Industriebetrieb mit 112 Beschäftigten nur etwa 8 Beschäftigte mehr als 1957.

Ausbau und Konsolidierung

Wenn man die Aufbauphase in der Nachkriegszeit mit dem Jahre 1957 als abgeschlossen ansieht, dann kann man das folgende Jahrzehnt der industriellen Entwicklung in Schleswig-Holstein als Phase der Konsolidierung und des inneren Ausbaus des industriellen Produktionsapparates ansehen. Von nun an haben nicht mehr vorwiegend exogene Faktoren wie Wiederaufbau des Produktionsapparates und Befriedigung des Nachholbedarfs, beides stimuliert durch kräftigen Bevölkerungszuwachs (Zuwanderung), das Wirtschaftswachstum maßgeblich beeinflusst, sondern es sind mehr endogene Faktoren, wie erwartete Einkommensänderungen, Marktänderungen, durch technischen und sozialen Fortschritt ausgelöste Strukturprobleme, die bei nur langsam wachsender Bevölkerung bestimmenden Einfluß gewinnen. Der Wirtschaftsprozess verläuft auf hohem Beschäftigungsniveau, wird aber zunehmend sensibler. Das Wirtschaftsgeschehen

1) 1 t Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1 t Steinkohlenkoks = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle

Industrie in Schleswig-Holstein 1950 bis 1968
(Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten)

Zeit	Betriebe ¹		Beschäftigte insgesamt		Arbeiter ¹		Geleistete Arbeiterstunden		Umsatz insgesamt		Kohleverbrauch (in SKE)		Heizölverbrauch		Produktions-Index
	Anzahl	Meßzahl	in 1 000	Meßzahl	in 1 000	Meßzahl	in Mill.	Meßzahl	in Mill. DM	Meßzahl	in 1 000 †	Meßzahl	in 1 000 †	Meßzahl	
1950	2 179	100	109	100	91	100	217	100	2 416	100	969	100	.	.	100
1951	1 807	83	115	106	96	106	229	106	3 054	126	955	99	.	.	115
1952	1 785	82	119	109	99	109	236	109	3 212	133	940	97	.	.	124
1953	1 563	72	126	115	106	116	252	116	3 371	140	885	91	.	.	143
1954	1 608	74	136	125	114	126	271	125	3 747	155	937	97	157	.	166
1955	1 610	74	148	136	124	136	295	136	4 223	175	969	100	238	.	187
1956	1 599	73	158	145	132	145	296	136	4 843	200	931	96	309	.	202
1957	1 581	73	164	151	137	151	294	136	5 363	222	948	98	321	.	220

1958	1 541	100	164	100	136	100	293	100	5 744	100	892	100	378	100	100
1959	1 507	98	162	99	133	98	287	98	6 053	105	722	81	488	129	106
1960	1 489	97	168	103	138	102	294	100	6 394	111	787	88	546	145	113
1961	1 508	98	174	106	142	105	297	101	7 011	122	816	91	602	159	123
1962	1 551	101	176	108	143	105	290	99	7 446	130	745	83	670	177	124
1963	1 544	100	174	106	139	103	278	95	7 966	139	659	74	789	209	131
1964	1 540	100	174	106	138	102	276	94	8 078	141	679	76	840	222	133
1965	1 565	102	178	109	140	103	278	95	8 954	156	654	73	920	243	138
1966	1 589	103	178	109	139	103	278	93	9 485	165	585	66	937	248	142
1967	1 592	103	171	105	132	97	253	86	9 850	171	516	58	952	252	143
1968	1 561	101	175	107	134	99	264	90	11 112	193	492	55	968	256	157

1) Jahresdurchschnitt

wird immer differenzierter. Anpassungsschwierigkeiten, die in der Aufbauphase nach Kriegsende vom kräftig aufsteigenden "Trend" barmherzig zugedeckt wurden, treten nunmehr offen zutage und müssen durchgestanden werden. Dazu einige Fakten:

Der Beschäftigtenstand verändert sich von 1958 bis 1968 nur noch wenig (+ 7%), Schwankungen um einen - wenn auch nur schwach - aufwärtsgerichteten Trend kennzeichnen die Situation. Konjunkturelle Aufschwung- und Abschwächungsphasen wechseln sich ab. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, also in etwa 2 Jahrzehnten, tritt eine deutliche Abschwächung auf, die Rezession 1966/67. In der schleswig-holsteinischen Industrie kommt dies in einer Freisetzung von rd. 7 000 Industriebeschäftigten innerhalb Jahresfrist zum Ausdruck. Aber auch im Rezessionsjahr hält sich das Beschäftigungsniveau um mehr als 4% höher als 1958. In der industriellen Beschäftigtenstruktur deuten sich außerdem Verlagerungen an. Während von 1950 bis 1957 das Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten sich kaum ändert, nimmt seit 1958 der Anteil der Arbeiter zugunsten der Angestellten langsam ab. Im Jahresmittel

1968 werden 1,3% weniger Arbeiter als 1958 gezählt. Die verringerte Zahl von Arbeitern müßte - wenn sich sonst nichts ändert - zwangsläufig einen gleich großen Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden nach sich ziehen. Tatsächlich ist aber die Summe der geleisteten Arbeiterstunden von 1958 auf 1968 um etwa ein Zehntel, also erheblich stärker als die Zahl der Arbeiter zurückgegangen. Es sei daran erinnert, daß von 1950 - 1957 die Arbeiterstunden um gut ein Drittel zunahmen. Der Übergang zu kapitalintensiveren Produktionsverfahren und der Ausbau der Dienstleistungsfunktionen innerhalb des Produktionsprozesses lassen sich aus diesen Daten erkennen, wenn man sie im Zusammenhang mit der Entwicklung der industriellen Produktion sieht, die sich von 1958 bis 1968 mengenmäßig um 57% vergrößerte. Die qualitative Verbesserung des Produktionsergebnisses wird dabei noch kaum berücksichtigt. Der Umsatz als Indikator für die geldmäßige Marktleistung der Industrie hat sich in dieser Periode knapp verdoppelt, und zwar von 5,7 Mrd. DM im Jahre 1958 auf 11,1 Mrd. DM im Jahre 1968. Dabei war der Preisauftrieb - nach dem Index der industriellen Erzeugerpreise zu

urteilen - schwächer als in der Nachkriegsperiode. Er dürfte von 1958 bis 1968 etwa 10% betragen haben. Genauere Werte sind nur bis 1967 (+ 8%) vorhanden, da die Umstellung des alten kumulativen Umsatzsteuersystems auf ein modernes System, die sogenannte Mehrwertsteuer, ab Jan. 68 die durchgehende Vergleichbarkeit mit den Vorjahren beeinträchtigt.

Die Struktur des industriellen Energieverbrauchs hat sich tiefgreifend verändert: Die Kohle verlor ihre dominierende Stellung an das Heizöl. Wurden 1950 bis 1957 noch etwa 950 000 t (SKE) in der Industrie des Landes jährlich verbraucht, dann waren es 1968 keine 500 000 t mehr, das entspricht einer Verbrauchsminderung um etwa 45%! Der Verbrauch von Heizöl stieg in der selben Zeit von knapp 380 000 t (1958) um rund 590 000 t auf 968 000 t, was einer Verbrauchssteigerung um 156% gleichkommt. Der Stromverbrauch (Fremdbezug) weitete sich ebenfalls aus (+ 89%), während der Gasverbrauch (allerdings nur Stadtgas, da für das neu auf den Markt gekommene Erdgas noch keine ausreichenden statistischen Daten vorliegen) leicht rückläufig war. Diese Aussage hat nur bedingten Wert, weil die Umstellung auf Erdgas in vollem Gange ist und auf den industriellen Gasverbrauch der Zukunft erhebliche Auswirkungen haben dürfte.

Zur Abrundung des Bildes sei noch erwähnt, daß die Lohnsumme der schleswig-holsteinischen Industrie im Jahre 1968 mehr als 1,3 Mrd. DM ausmachte, das ist gut das Doppelte des 1958 und ungefähr das Fünffache des 1950 aufgewendeten Betrages. Die Entwicklung der Gehaltssumme war noch expansiver - auch wenn man die Zunahme der Angestellten bedenkt -, sie stieg von knapp 200 Mill. DM im Jahre 1958 auf 583 Mill. DM für 1968, gegenüber 1950 (damals rund 68 Mill. DM) sogar auf mehr als das Achtfache.

Nach der Darstellung der heute bereits als historisch anzusprechenden Nachkriegsperiode und der Weiterverfolgung einiger Entwicklungslinien über die Periode des inneren Ausbaus und der Konsolidierung, die als Hilfe für das Verständnis der gegenwärtigen Situation dienen könnte, soll in den folgenden Kapiteln der Versuch unternommen werden, einige Aufschlüsse über strukturelle Veränderungen in der schleswig-holsteinischen Industrie zu gewinnen, um aus dem Geschehen der näheren Vergangenheit vielleicht einige Hinweise für künftig mögliche Entwicklungen zu erhalten. Wir werden uns dabei in der Hauptsache mit der Zeitspanne von 1958 bis 1968 beschäftigen. Der Leser sollte bei der Lektüre durchaus seine Phantasie, wenn auch durch die Fakten gebündelt, mitspielen lassen.

Strukturveränderungen ab 1958 - Beschäftigte

Strukturelle Veränderungen in der Industrie aus der Bewegung der Beschäftigtenzahlen zu erschließen, ist nur eine von mehreren Möglichkeiten. Dieser Maßstab erfüllt zwar in einer kapitalintensiven Industriewirtschaft längst nicht alle Anforderungen, die an einen solchen "Wertungsmaßstab" zu stellen sind, er hat aber auf jeden Fall den Vorteil der unmittelbaren Anschaulichkeit für sich. Das kann von anderen - auch relativ besseren, weil genaueren - Maßstäben wie "Umsatz", "Nettoleistung" oder gar "Beitrag zum Sozialprodukt" nicht gesagt werden. Das Merkmal "Beschäftigte" in den Vordergrund zu stellen, ist auch damit zu rechtfertigen, daß alle wirtschaftliche Aktivität vom Menschen ausgeht und daß die Ergebnisse wirtschaftlicher Betätigung nicht Selbstzweck sind, sondern letzten Endes - wenn auch oft nach Umwegen - menschliche Bedürfnisse befriedigen sollen. Die hier verwendeten Beschäftigtenzahlen sind Jahresdurchschnitte der 12 monatlichen Meldungen der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Hinter der lapidaren Feststellung, daß die Zahl der Industriebeschäftigten von 1958 auf 1968 um 12 000 oder 7% zugenommen hat, verstecken sich bei genauerer Betrachtung eine ganze Reihe von Bewegungsvorgängen unterschiedlicher Richtung und Intensität. Wie sich aus Zu- und Abgängen der jeweilige "Saldo" ergibt, läßt sich aus den Unterlagen der Industrieberichterstattung leider nicht ablesen. Dazu wären aufwendige Einzeluntersuchungen nötig. Man muß sich daher mit dem etwas dürren Ergebnis der einzelnen Bewegungen, dem "Saldo" zufriedengeben.

Um die Vielfalt der Branchen besser übersehen zu können, sind alle Industriezweige in drei große Gruppen eingeteilt worden:

Gruppe	mit einer Veränderung der Beschäftigtenzahl 1968 gegenüber 1958 um
1 beschäftigungskonstante Industriezweige	0 bis \pm 5 %
2 beschäftigungsexpansive Industriezweige	mehr als 5 % Zunahme
3 beschäftigungskontraktive Industriezweige	mehr als 5 % Abnahme

Die beschäftigungsexpansive Gruppe 2 und die kontraktive Gruppe 3 wurden zusätzlich nach dem Ausmaß der prozentualen Veränderung untergliedert.

Industriezweige mit einer Schwankung der Beschäftigtenzahl um bis zu 5% (Gruppe 1) wurden noch als "beschäftigungskonstant" angesehen. Damit wird einerseits den unvermeidlichen Meldefehlern und anderen statistisch-methodischen Unzulänglichkeiten Rechnung getragen, andererseits entspricht eine

Gruppe 1, Beschäftigungskonstante Industriezweige

Systematik-Nr.	Industriezweig	Beschäftigte		Veränderung		
		1958	1968	Zunahme	Abnahme	In %
6855	Fischverarbeitung	2 815	2 820	5		+ 0,2
6873/75	Alkoholbrennereien und Spirituosen	748	738		10	- 1,3
6400	Bekleidung	7 039	6 862		177	- 2,5
	zusammen	10 602	10 420	5	187	- 1,7
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %		6,5	6,0			

"Schwankungsbreite" auch besser ökonomischen Sachverhalten als eine "Millimetergenauigkeit", wie sie in der Technik möglich und nötig ist.

Der beschäftigungskonstante Teil der schleswig-holsteinischen Industrie ist mit seinem Anteil von ungefähr 6% an allen Industriebeschäftigten recht klein. Das ist nicht verwunderlich, wenn man Veränderungen als notwendige Bedingung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung ansieht. Der geringe Anteil von Industriezweigen mit unverändertem Beschäftigtenstand zieht zwangsläufig nach sich, daß der weitaus überwiegende Teil

(nämlich 94%) Veränderungen unterworfen war. Das könnte vom Arbeitnehmer als Nachteil empfunden werden, weil er mit einer Veränderung seines Arbeitsplatzes rechnen muß, was dem menschlichen Beharrungsvermögen häufig zuwiderläuft. Die große Beweglichkeit der Produktionsstruktur bietet ihm zum Ausgleich dafür aber vielfältige Berufs- und Einkommenschancen.

Im nächsten Monatsheft werden die Ausführungen mit einer eingehenden Erörterung der expansiven und kontraktiven Zweige fortgesetzt.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen in Schleswig-Holstein¹ hat in den letzten Jahren sowohl hinsichtlich seines Gesamtvolumens, als auch im Hinblick auf seine regionale und gütermäßige Verteilung wesentliche Veränderungen erfahren. Im Beobachtungszeitraum von 1962 bis 1967 war 1963 mit 8,5 Mill. t das Jahr mit dem höchsten Transportvolumen, während für die Jahre danach ein ständiger Rückgang zu verzeichnen ist. 1967 ist das Gesamttransportvolumen mit 6,6 Mill. t auf den niedrigsten Stand seit 1950 abgesunken. Das ist gegenüber 1963 ein Rückgang von 22%.

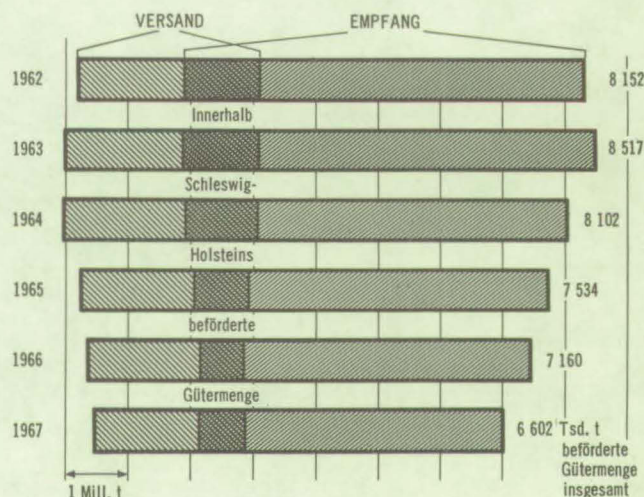
Mehrere Faktoren sind für diese Entwicklung verantwortlich. Entscheidend sind dabei sowohl Abwanderungen zu anderen Verkehrsträgern als auch Veränderungen im gesamten Transportvolumen bestimmter Produkte: so gehen z. B. die Erdöltransporte, die im Jahre 1963 mit 1,2 Mill. t einen erheblichen Teil des Gesamttransportvolumens der Eisenbahnen ausmachten, den Raffinerien heute fast nur noch in Rohrleitungen zu. Das Gesamttransportvolumen der Eisenbahn ist aber auch deshalb gesunken, weil die Verbrauchsgewohnheiten der Abnehmer sich änderten, wie z. B. bei der Kohle. Die Transporte von

Stein- und Braunkohle, 1963 noch 2,2 Mill. t, erreichten 1967 nur noch 1,5 Mill. t; dabei ist der Rückgang im letzten Jahr der Beobachtungsperiode (1966 auf 1967) mit 13% auffallend.

Versand und Empfang waren stets ungleich. Das Volumen aller empfangenen Güter war 1967 mit 4,9 Mill. t ziemlich genau doppelt so groß wie das aller versendeten, das 2,4 Mill. t betrug. 1962 war der Empfang mit 6,4 Mill. t sogar wesentlich mehr als

D - 4056

Der Eisenbahn-Güterverkehr in Schleswig-Holstein



1) Dienstgüterverkehr und Stückguttransporte sind dabei nicht berücksichtigt

doppelt so groß wie der Versand mit 2,9 Mill. t. Der Rückgang des Empfanges, der relativ stärker war wie die Minderung des Versandes, hat sich also etwas ausgleichend ausgewirkt.

Im gleichen Zeitraum, in dem der oben genannte Rückgang des Gesamttransportvolumens der Eisenbahn festzustellen war, ist bei den beiden anderen Verkehrsträgern Schiff und Lastkraftwagen eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten: von 1963 bis 1967 stieg das Gesamtvolumen aller im Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen beförderten Güter von 5,4 Mill. t auf 6,1 Mill. t, das ist eine Zunahme um 12%. Die entsprechenden Zahlen für das Schiff betragen 1963 = 13,8 Mill. t, 1967 = 24,3 Mill. t, was einer Zunahme um 76% gleichkommt.

Gleichzeitig damit verschob sich der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am Gesamttransportvolumen: 1963 hatte die Bahn am Gesamttransportvolumen von 27,7 Mill. t einen Anteil von 31%, das Schiff von 50%, der Lkw von 20%. Die entsprechenden Zahlen sehen für 1967 (Gesamttransportvolumen = 36,9 Mill. t) folgendermaßen aus: Bahn 18%, Schiff 66%, Lkw 16%. Die erheblichen Beförderungsleistungen im Güternahverkehr auf der Straße und die in Rohrfernleitungen, die aber noch keine größere Bedeutung haben, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

In diesem Zusammenhang ist der Anteil der vier Verkehrsbezirke des Landes am Transportvolumen des Güterverkehrs auf Eisenbahnen von Interesse. Zunächst ist auffallend, daß die Anteile dieser vier Verkehrsbezirke recht unterschiedlich sind, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist.

Güterverkehr auf den Eisenbahnen 1967 nach Verkehrsbezirken

Verkehrsbezirk	Güterverkehr insgesamt	davon Verkehr			
		in Schleswig-Holstein	mit dem übrigen Bundesgebiet	mit dem Ausland ¹	
1 000 t					
Lübeck	Versand	583	65	388	130
	Empfang	1 115	57	800	258
Ostseegebiet (ohne Lübeck)	Versand	534	269	226	40
	Empfang	1 850	301	1 304	246
Nordseegebiet	Versand	1 145	370	615	160
	Empfang	1 366	351	824	192
Südostteil	Versand	181	44	132	6
	Empfang	574	38	435	100
Schleswig-Holstein	Versand	2 444	747	1 361	335
	Empfang	4 905	747	3 363	795

1) einschließlich Deutschland außerhalb der Bundesrepublik

So beträgt z. B. der Anteil des Versandes von Lübeck am Gesamtversand des Jahres 1967 24%, der des Ostseegebietes 22%, des Nordseegebietes 47% und der des Südostteils 7%. Am Gesamtumfang desselben Jahres waren die Verkehrsbezirke wie folgt beteiligt: Lübeck 23%, Ostseegebiet 38%, Nordseegebiet 28% und Südostteil 12%. Das Verhältnis zwischen Versand und Empfang der einzelnen Verkehrsbezirke ist im Nordseegebiet fast ausgeglichen, während in Lübeck zweimal, im übrigen Ostseegebiet und im Südostteil des Landes gut dreimal so viel Güter empfangen wie versandt wurden.

Gliederung nach Ländern

Von dem Beförderungsrückgang von Gütern auf den Eisenbahnen zwischen 1962 und 1967 wurden der Versand nach außerhalb und auch der Empfang von dort betroffen. Beide nahmen teilweise in beträchtlichem Ausmaß ab. Was den Versand anbetrifft, so ist dieser - mit Ausnahme Mitteldeutschlands, mit dem er sich mehr als verzehnfacht hat, ferner Niedersachsens und Bremens - mit allen übrigen Bundesländern zurückgegangen, am stärksten mit Berlin (West), wo gegenüber 1962 50% Minderlieferungen festzustellen sind. Bei den empfangenen Gütermengen sind Mehrlieferungen aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und dem Ausland zu verzeichnen, bei den anderen Bundesländern und Mitteldeutschland gingen die Lieferungen zurück.

Im Folgenden soll länderweise die Güterstruktur des Jahres 1967 betrachtet werden. Beim Güterverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins ist Versand gleich Empfang, da diese im Land eingeladenen Güter hier auch wieder ausgeladen werden. Erzeugnisse der Mineralölindustrie mit 149 000 t und rohes Erdöl mit 21 000 t waren zusammen mengenmäßig die wichtigsten Transportgüter. Zweitwichtigstes Gut in der Rangfolge der Transportvolumen waren Düngemittel mit 113 000 t. Die Bedeutung der Steinkohle für Transporte auf den schleswig-holsteinischen Eisenbahnen war jedoch rückläufig: 1963 waren es noch 40 000 t gewesen, 1967 nur noch 26 000 t. Die Menge der transportierten Zuckerrüben betrug 95 000 t. Ein nennenswerter Teil dieser Zuckerrüben Transporte ging in das Ostseegebiet zu den dort liegenden Zuckerfabriken. Die beförderten Mengen von Walzwerkzeugen betragen 28 000 t. Erheblich war mit 53 000 t die Menge der beförderten Fahrzeuge, bei denen es sich fast ausschließlich um Lastkraftwagen handelte, die zwischen Niebüll und der Insel Sylt transportiert wurden. Reisefahrzeuge, von denen im Jahre 1967 fast 100 000 nach Sylt und

wieder zurück befördert wurden, sind, da sie im Personenverkehr verladen wurden, in der Güterbewegungsstatistik der Eisenbahnen nicht gezählt worden. Noch erwähnenswert sind die Mengen von Kalk und Zement (26 000 t) sowie anderer mineralischer Erzeugnisse (32 000 t), Sand, Kies, Bims und Ton (31 000 t) und Eisen- und Stahlschrott (25 000 t).

An der Spitze des Güteraustausches mit Hamburg stehen im Versand Kraftstoffe, Heizöl, Teer, Benzol und andere Erzeugnisse der Mineralölindustrie mit insgesamt 12 000 t. An lebenden Tieren wurden 8 000 t mit der Bahn verschickt. Erwähnenswerte Transportmengen entfielen weiterhin auf Düngemittel (8 000 t), Holz (4 000 t), Walzwerkerzeugnisse (4 000 t), Früchte und Gemüse (4 000 t). Aus der Mineralölwirtschaft kamen mit insgesamt 92 000 t etwas mehr als ein Drittel aller aus Hamburg herantransportierten Gütermengen: 66 000 t Heizöl und Kraftstoffe und 26 000 t andere Mineralölerzeugnisse. Dann folgten Steinkohletransporte im Umfang von 72 000 t. Andere wichtige Empfangsmengen waren Düngemittel (37 000 t), chemische Grundstoffe (9 000 t), Eisen- und Stahlschrott (7 000 t) sowie Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse mit 6 000 t.

Die Schwerpunkte des Versandes nach Niedersachsen lagen bei den Düngemitteln und den Erzeugnissen der Mineralölindustrie. 174 000 t an Düngemitteln schickte Schleswig-Holstein per Eisenbahn nach Niedersachsen, 82 000 t an Erzeugnissen der Mineralölindustrie. Dabei machten Heizöl und Kraftstoffe 38 000 t aus. Aus dem Südostteil des Landes bezog Niedersachsen 59 000 t Zuckerrüben. Ein beachtlicher Posten, nämlich 9% des Gesamt-

versandes oder 47 000 t, entfiel auf Zellstoff und Altpapier. Der Anteil von Roheisen und -stahl betrug 18 000 t. Mehr als die Hälfte der aus Niedersachsen empfangenen Gütermengen wurde von den Düngemitteln (295 000 t) und den Stein- und Salinensalzen (229 000 t) eingenommen. Völlig zurückgegangen sind die Transporte von Erdöl, die 1963 noch 664 000 t betragen hatten. Auch hier wird seit 1966 das Erdöl in Rohrleitungen, die nach Hamburg gelegt wurden, befördert. Mit Binnenschiffen wird es von dort nach Schleswig-Holstein gebracht. Von den Salztransporten wird ein großer Teil mit dem Schiff über Lübeck weiterverschickt, ebenfalls ein großer Teil von den 53 000 t Fahrzeugen. Von den insgesamt 79 000 t Walzwerkerzeugnissen - Stahlbleche, Breitflachstahl (Universaleisen) sowie Eisen- und Stahlhalbzeug - kommt der größte Teil aus der Braunschweiger Gegend. Weiterhin bezieht Schleswig-Holstein von Niedersachsen 33 000 t Sand, Kies, Bims und Ton, 112 000 t sonstige Steine und Erden (vorwiegend Gips- und Kalksteine), 41 000 t Kalk und Zement und 22 000 t Braunkohle aus den Braunkohlewerken Niedersachsens. Zieht man die Mengen aller derjenigen Güterarten zusammen, die für die Bauwirtschaft Bedeutung haben, so müßten sie in der Reihenfolge der Bedeutung für den Güterverkehr mit Schleswig-Holstein gleich hinter den Stein- und Salinensalzen und den Düngemitteln stehen.

Die von Nordrhein-Westfalen empfangenen Gütermengen überwogen die versendeten um ein vielfaches. 1963 wurden an dieses Bundesland noch 40 000 t Grubenholz geliefert. Durch die abnehmende Bedeutung des Steinkohlebergbaus in den letzten Jahren sanken diese Mengen im Jahre 1967 auf 1 300 t; Transporte anderer Holzarten beliefen sich auf 6 000 t. Die wichtigste Stelle aller nach Nordrhein-Westfalen versandten Güter nehmen die Erzeugnisse der Mineralölindustrie mit insgesamt 67 000 t ein. Davon entfiel mit 1 300 t nur ein geringer Teil auf Kraftstoffe und Heizöl, den Hauptteil beanspruchten andere Mineralölerzeugnisse (56 000 t) und Benzol und Teer (10 000 t). Es folgen in der Bedeutung der Transportvolumen Roheisen und -stahl mit 32 000 t, Eisen- und Stahlschrott mit 30 000 t und Zellstoff und Altpapier mit 17 000 t. Vom Gesamtvolumen aller aus Nordrhein-Westfalen bezogenen Güter entfallen etwas mehr als die Hälfte, nämlich 807 000 t auf Steinkohletransporte. Es folgen mit etwa gleich großen Mengen Braunkohle (210 000 t) und Düngemittel (212 000 t). Schließlich sind noch zu nennen Walzwerkerzeugnisse (128 000 t), chemische Grundstoffe (37 000 t), Fahrzeuge (25 000 t) sowie Sand, Kies, Bims und Ton (23 000 t).

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen nach Ländern
1962 und 1967

Land	1962		1967	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	1 000 t			
Schleswig-Holstein	1 192	1 192	747	747
Hamburg	109	287	80	265
Niedersachsen	401	1 910	517	1 016
Bremen	59	38	83	41
Nordrhein-Westfalen	283	1 607	237	1 550
Hessen	89	127	73	104
Rheinland-Pfalz	50	153	49	214
Baden-Württemberg	165	38	93	48
Bayern	240	85	209	98
Saarland	11	14	5	19
Berlin (West)	30	8	15	7
Bundesgebiet (ohne Schleswig-Holstein)	1 436	4 268	1 361	3 363
Mitteldeutschland und Ausland	310	946	335	795
Insgesamt	2 939	6 406	2 444	4 905

In die Bundesländer Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurden 83 000 t, 73 000 t, 49 000 t und 93 000 t Güter mit der Eisenbahn versandt. Bremen erhielt allein 63 000 t Eisen- und Stahlschrott, während nach den anderen Ländern eine Vielzahl verschiedener Güter verladen wurde. Im Vordergrund stehen dabei die Transporte von Heizöl und Kraftstoffen. Auch landwirtschaftliche Produkte, wie Kartoffeln, Obst und Gemüse sowie lebende Tiere, nahmen einen größeren Raum am Gesamttransportvolumen ein. Einen weiteren Teil des Versandes machten Holz und Zellstoff aus, die überwiegend aus Lübeck kamen. Die Empfänge aus Bremen und Baden-Württemberg machten nur die Hälfte des Versandes nach dorthin aus. Aus Bremen wurden hauptsächlich Heizöl und Mineralerzeugnisse, aus Baden-Württemberg chemische Grundstoffe und chemische Erzeugnisse bezogen. Der Empfang aus Hessen, insgesamt 104 000 t, bestand zu drei Vierteln aus Düngemitteln, Fahrzeugen, Steinen und Erden. Aus Rheinland-Pfalz erhielt Schleswig-Holstein 214 000 Güter, darunter 119 000 t Düngemittel, 30 000 t chemische Grundstoffe und Erzeugnisse daraus sowie 18 000 t Ton.

Mit Bayern war vor allem der Versand recht rege. Mehr als doppelt so große Mengen von Gütern wurden nach Bayern geschickt, als von dort empfangen. An der Spitze des Versandes standen Zellstoff und Altpapier (52 000 t), es folgten Obst und Gemüse (28 000 t), Mineralölerzeugnisse (26 000 t) und Düngemittel (11 000 t). Im Empfang sind mineralische Erzeugnisse mit 14 000 t, Düngemittel mit 9 000 t, Sand, Kies, Bims und Ton mit 14 000 t und Getränke mit 13 000 t erwähnenswert.

Nur geringe Bedeutung hat der Eisenbahngüterverkehr mit dem Saarland (V = 5 300 t, E = 19 400 t) und Berlin (West) (V = 15 100 t, E = 7 300 t). Gegenüber 1963 ist er insgesamt mit dem Saarland unverändert geblieben, mit Berlin jedoch um die Hälfte zurückgegangen. Im Verkehr mit dem Saarland ist der Empfang von je 8 000 t Ton und Walzwerkerzeugnissen nennenswert. Nach Berlin wurden hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte und Mineralölerzeugnisse versandt, von Berlin dagegen chemische Grundstoffe und Getränke bezogen.

Im Güterverkehr mit Mitteldeutschland, dessen Verhältnis zwischen Versand und Empfang wie 1 : 7 (73 000 t : 506 000 t) ist, stehen bei den empfangenen Gütern Braunkohle mit 339 000 t an der Spitze. Es folgen als weitere wichtige Posten Eisen- und Stahlschrott mit 83 000 t, Walzwerkerzeugnisse mit 30 000 t und chemische Grundstoffe mit 18 000 t. Mehr als die Hälfte des Versandes

nach Mitteldeutschland, nämlich 47 000 t, machten Düngemitteltransporte aus. Weiterhin ist Holz mit 21 000 t zu nennen. Andere Güter wurden dagegen nur in so geringfügigen Mengen geliefert, daß sie hier nicht aufgezählt werden sollen.

Das Verhältnis zwischen Versand und Empfang im Güterverkehr mit dem Ausland war 1967 nahezu wie 1 : 1 (263 000 t : 289 000 t). Im Versand stehen 78 000 t Mineralölerzeugnisse im Vordergrund. Hier handelt es sich um Bitumen und bituminöse Gemische sowie Flüssiggas, die in die Schweiz, nach Dänemark und Österreich gingen. "Sonstige Halb- und Fertigwaren" mit 42 000 t, vorwiegend Papier und Pappe, die hauptsächlich nach der Schweiz (23 000 t) und Österreich (10 000 t) verladen wurden, stehen an zweiter Stelle. Es folgen Zellstoff und Altpapier mit 23 000 t, die noch 9% des Auslandsversandes ausmachen. Im Gütereingang aus dem Ausland steht Holz mit 116 000 t oder 40% des Empfanges an erster Stelle. Überwiegend waren es Holzschwellen und sonstiges bearbeitetes Holz aus Schweden sowie Rohholz aus Polen. Mit Erden (23 000 t), vorwiegend Schlacken aus Belgien, Düngemitteln (21 000 t) und Walzwerkerzeugnissen (22 000 t) sind die nächstwichtigen Empfangsgüter aus dem Ausland genannt.

Gliederung nach Gütern

Wenn man den Versand und Empfang nach Gütern unterteilt, wie es in der folgenden Tabelle geschehen ist, so wird ein Strukturwandel deutlich. Hier springt zunächst die Abteilung "Kohle, Mineralöl und -erzeugnisse" ins Auge. In beiden Richtungen ist das Transportvolumen von 1962 bis 1967 etwa auf die Hälfte zurückgegangen. Dadurch sank der Anteil im Versand von zwei auf ein Fünftel, im Empfang von gut der Hälfte auf ein gutes Drittel. Dieser Rückgang ist so erheblich, daß er die gesamte übrige Entwicklung überdeckt. Nimmt man nämlich die Energieträger heraus, so steigt der restliche Versand von 1,8 Mill. t um 8% auf 1,9 Mill. t und der restliche Empfang von 2,9 Mill. t um 7% auf 3,1 Mill. t. Diese Änderung paßt besser in das gesamte Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Änderungsraten von Versand und Empfang in den meisten Güterabteilungen verschiedenes Vorzeichen tragen. So stieg der Versand von chemischen Erzeugnissen und Düngemitteln um gut die Hälfte, während der Empfang praktisch gleich blieb. An Steinen, Erden, Salz und Erz wurde in beiden Richtungen um einige Prozent weniger verladen. Bei den Nahrungs- und Genußmitteln nahm der Versand um fast ein Viertel ab, der Empfang stieg dagegen um 6%. Zu den sonstigen Halb-

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen nach Gütern 1962 und 1967

Güterabteilung	1962		1967	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
in 1 000 t				
Nahrungs- und Genußmittel	478	246	368	261
Futtermittel, pflanzliche und tierische Öle und Fette	13	26	18	20
Andere pflanzliche und tierische Rohstoffe	386	151	291	171
Steine, Erden, Salz, Erze	223	743	219	697
Kohle, Mineralöl und -erzeugnisse	1 165	3 509	521	1 793
Chemische Erzeugnisse, Düngemittel	264	1 002	408	998
Kalk, Zement, Baustoffe	62	180	86	168
Eisen, Stahl, NE-Metalle	156	227	123	332
Metallwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	88	247	118	244
Sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter	104	75	292	221
Insgesamt	2 939	6 406	2 444	4 905

und Fertigwaren sind höchwertige Produkte zu rechnen. Es ist deshalb hervorzuheben, daß hier der Umschlag in beiden Richtungen sich fast verdreifacht hat. In der Abteilung der nicht besonders genannten pflanzlichen und tierischen Rohstoffe ging der Versand um ein Viertel zurück, der Empfang erhöhte sich aber um ein Achtel. Eisen und Stahl wurde um ein Fünftel weniger verschickt, die ankommende Menge erhöhte sich aber fast um die Hälfte. In der vom Wert her ebenfalls wichtigen Abteilung der Metallwaren, Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnisse und Fahrzeuge erhöhte sich die versandte Menge auch, allerdings nur um ein Drittel, der Empfang blieb etwa gleich. An Kalk, Zement und Baustoffen wurde gut ein Drittel mehr verschickt, während die herantransportierte Menge um 7% abnahm. Futtermittel und Fette wurden recht wenig befördert, so daß die Zunahme im Versand und die Abnahme im Empfang nur eine geringe Rolle spielen.

Das Bild des Güterumschlages wird aufschlußreicher, wenn man die Güterabteilungen weiter gliedert. Dies soll aber nur für 1967 geschehen. Dabei wird die systematische Reihenfolge, wie sie sich aus der Tabelle ergibt, eingehalten und nicht, wie bisher, die Rangfolge der Bedeutung gewählt.

Unter den Nahrungs- und Genußmitteln, die versandt werden, spielen die Massengüter die wichtigste Rolle. Es sind dies Zuckerrüben (155 000 t), Kartoffeln (27 000 t) und Getreide (25 000 t). Aber auch Obst und Gemüse mit 68 000 t und lebende Tiere mit 38 000 t hatten einen merklichen Anteil. Fleisch, Fisch, Eier, Milch, weiter verarbeitete Nahrungsmittel und Getränke machen mit über 50 000 t den Rest dieser Abteilung aus. Im Empfang sind auch wieder die Massengüter zu nennen: 110 000 t

Zuckerrüben, und je 21 000 t Getreide und Kartoffeln. Neben Obst und Gemüse (33 000 t) rangieren hier Getränke (32 000 t). Zu erwähnen sind noch 16 000 t Zucker. Die Transporte von Futtermitteln, Ölsaaten und -früchten sind, wie schon gesagt, relativ bedeutungslos. An sonstigen pflanzlichen und tierischen Rohstoffen verschickte Schleswig-Holstein 167 000 t Zellstoff und Altpapier, weiter 68 000 t Holz und 55 000 t textile und ähnliche Rohstoffe. Der Empfang bestand in 145 000 t Holz, der Rest verteilte sich etwa gleich auf die beiden andern genannten Bereiche. Die nächste Abteilung enthält nur Schüttgüter, also typische Massengüter. Schrott mit 127 000 t im Versand und 124 000 t im Empfang steht an erster Stelle. Steine (55 000 t), Sand und Kies (32 000 t) bilden den Rest des Versandes. Unter den ankommenden Gütern sind sie mit 180 000 t und 156 000 t vertreten neben 230 000 t Stein- und Salinensalz. In der immer noch umfangreichsten Gruppe der Energieträger verschickt Schleswig-Holstein 137 000 t Kraftstoffe und Heizöl und 293 000 t andere Mineralölerzeugnisse. 28 000 t Steinkohle und 21 000 t rohes Erdöl werden fast ausschließlich innerhalb des Landes bewegt, im wesentlichen wohl vom Hafen zum Händler und vom Erdölfeld zur Raffinerie. Braunkohle und Torf (22 000 t) und Benzol und Teer mit etwa der gleichen Menge bilden den Rest. Im Empfang stehen Steinkohle mit 913 000 t und Braunkohle mit 574 000 t im Vordergrund. Daneben werden noch 178 000 t Kraftstoffe und Heizöl und 101 000 t andere Mineralölerzeugnisse entladen. Neben den Düngemitteln (370 000 t) spielen im Versand noch chemische Grundstoffe mit 34 000 t eine Rolle. Der Empfang besteht aus 849 000 t Düngemitteln, 103 000 t chemischen Grundstoffen und 46 000 t anderen chemischen Erzeugnissen. In der nächsten Abteilung teilen

sich Versand und Empfang gleich auf, je knapp die Hälfte besteht aus Kalk und Zement, der etwas überwiegende Teil aus Baustoffen, Roheisen und -stahl wird mit 79 000 t versandt, wozu noch 37 000 t Walzwerkerzeugnisse kommen. Diese machen auch mit 316 000 t fast den ganzen Empfang in dieser Abteilung aus. Unter den hochwertigen Industriegütern werden 60 000 t Fahrzeuge, 33 000 t Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse und 25 000 t Eisen-, Blech- und Metallwaren verschickt. In diesen Zusammenhang gehören auch noch

121 000 t sonstige Halb- und Fertigwaren und 140 000 t Sammelgut. Der Empfang an Fahrzeugen war mit 169 000 t wesentlich höher. Sie werden zum größten Teil mit dem Schiff weiter in die nordischen Länder befördert. 45 000 t Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse und 30 000 t Eisen-, Blech- und Metallwaren wurden noch empfangen. Ferner kamen 46 000 t sonstige Halb- und Fertigwaren und 156 000 t Sammelgut an. Der Rest in der letzten Abteilung sind gebrauchte Verpackungen, Umzugsgut und Baugeräte. *Dipl.-Volksw. Heide Simonis*

Die Lohnsummen der gewerblichen Betriebe und ihre Besteuerung

Zusammen mit der Gewerbesteuerstatistik 1966 ist im Bundesgebiet auch wieder eine Lohnsummensteuerstatistik durchgeführt worden. Die Lohnsummensteuer ist eine Gliedsteuer zur Gewerbesteuer. Im Gegensatz zur Gewerkekapital- und Gewerbeertragsteuer, die in jedem Falle erhoben werden, bleibt die Besteuerung der Lohnsumme dem Willen der Gemeinde überlassen. Das heißt, die Gemeinden können (mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde) alle in ihrem Gebiet gelegenen Betriebe mit dieser besonderen Form der Gewerbesteuer belasten, sie brauchen es aber nicht. Zweck der Steuer ist, auch Gewerbebetriebe heranzuziehen, die sehr lohnintensiv sind, gleichzeitig aber nur einen geringen Gewerbeertrag oder ein geringes Gewerkekapital ausweisen. Hierdurch soll eine bessere Verteilung der steuerlichen Belastung der Gewerbebetriebe erreicht werden. Da die Lohnsummensteuer innerhalb einer Gemeinde von allen Betrieben erhoben wird, bedeutet sie für Gewerbetreibende mit Arbeitnehmern in jedem Falle eine zusätzliche Belastung. Gemeinden, die auf die Lohnsummensteuer verzichten, können die hierdurch entstehende Verminderung des Steueraufkommens bis zu einem gewissen Grade durch Änderung der Hebesätze in der Gewerkekapital- und -ertragsteuer wieder ausgleichen; außerdem sparen sie dann die Verwaltungskosten für die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage.

Die Bedeutung der Lohnsummensteuer ist in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes sehr verschieden, was vor allem auf historische Gründe zurückgeht. Von den über 24 000 Gemeinden des Bundesgebietes erhoben im Jahre 1966 nach den Ergebnissen der Statistik über das kassenmäßige Realsteuer-Istaufkommen nur knapp 1 000 eine Steuer auf die in den Gewerbebetrieben gezahlte Lohnsumme. In Baden-Württemberg und im Saarland wurde Lohnsummensteuer nicht, in

Rheinland-Pfalz dagegen in 17% der Gemeinden erhoben; es folgen die Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen mit 10% und 6% der Gemeinden. Auch in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wurde 1966 Lohnsummensteuer erhoben. In agrarisch strukturierten Gebieten spielt die Lohnsummensteuer naturgemäß nur eine geringe Rolle. In Schleswig-Holstein machten 1966 acht von insgesamt etwa 1 400 Gemeinden von ihrem Recht Gebrauch, Lohnsummensteuer zu erheben. Es waren fast ausschließlich Gemeinden mit Stadtrecht:

- | | |
|---------------|------------------------------------|
| 1. Kiel | 5. Glückstadt |
| 2. Lübeck | 6. Pinneberg |
| 3. Neumünster | 7. Preetz |
| 4. Geesthacht | 8. Oeschebützel (Kreis Steinburg). |

Erhebungseinheit und Erhebungsumfang

Erhebungseinheit in der Lohnsummensteuerstatistik ist der in der Gemeinde gelegene Gewerbebetrieb, also die örtliche Einheit ohne Rücksicht auf die etwaige Zugehörigkeit zu einem Unternehmen mit Sitz außerhalb der Gemeinde. Es ist daher besser, von Steuerfällen als von Steuerpflichtigen zu sprechen. Steuerbemessungsgrundlage ist die Summe der Vergütungen im Sinne des § 24 GewStG, die der in der Gemeinde gelegene Betrieb an seine Arbeitnehmer gezahlt hat. Nicht erfaßt wurden Betriebe, die keine Lohnsummensteuer zu zahlen hatten (Nichtsteuerbelastete). Dies ist auch 1958, als die letzte Lohnsummensteuerstatistik stattfand, so gewesen. Der Erhebungsumfang hat sich seitdem insofern geändert, als die Steuerfreigrenze für Kleinbetriebe mit ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmern von 3 600 DM auf 9 000 DM heraufgesetzt worden ist. Die Änderung dürfte sich allenfalls auf die Zahl der Betriebe, kaum jedoch auf die Lohnsumme und den Steuerertrag auswirken. Die Freigrenze von 9 000 DM wird übrigens für

Die Lohnsummensteuerfälle in Schleswig-Holstein 1966

- natürliche und juristische Personen -

Gemeinde	Steuerfälle	Lohnsumme	Steuerpflichtige Lohnsumme	Steuermeßbetrag	Hebesatz	Lohnsummen- steuer
			1 000 DM		%	1 000 DM
Kiel	3 189	780 915	773 653	1 547	800	12 378
Lübeck	2 622	733 138	727 754	1 456	1 000	14 555
Neumünster	978	193 156	191 014	382	800	3 056
Geesthacht	242	45 787	45 317	91	600	544
Pinneberg	431	78 335	77 117	154	960	1 481
Preetz	154	20 335	20 127	40	960	381
Glückstadt	140	21 230	20 790	42	700	291
Oeschebüttel (Kreis Steinburg)	3	1 002	993	2	800	16
Schleswig-Holstein	7 759	1 873 897	1 856 765	3 714	881^a	32 702

- 1958 = 100 -

Kiel	110	203	203	202	100	201
Lübeck	88	206	207	207	100	205
Neumünster	103	203	203	203	100	201
Geesthacht	104	190	189	190	100	188
Pinneberg	126	277	276	275	100	274
Preetz	95	244	247	250	100	243
Glückstadt	76	149	148	150	100	148
Oeschebüttel (Kreis Steinburg)
Schleswig-Holstein¹	96	201	201	201	100	201

1) In den Basiszahlen von 1958 sind auch die Angaben der Gemeinden Ahrensburg und Kronshagen enthalten; in ihnen wurde 1966 Lohnsummensteuer nicht mehr erhoben
a) gewogener Durchschnitt

Betriebe mit nicht ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmern entsprechend gekürzt (z. B. bei Saisonbetrieben). In diesem Falle können auch Betriebe mit einer Lohnsumme von weniger als 9 000 DM steuerbelastet sein; sie sind dann in der Statistik enthalten.

Steuerfälle und Lohnsumme

Im Jahre 1966 hatten in Schleswig-Holstein 7 759 Betriebe Lohnsummensteuer zu zahlen. Ihre nach § 24 des GewStG ermittelte Lohnsumme betrug insgesamt 1,874 Milliarden DM. Gegenüber 1958 hat sich die Zahl der Steuerfälle um 4% vermindert, während die Lohnsumme um über 100% zunahm. Die Aussagefähigkeit des Vergleichs aus den Ergebnissen der beiden letzten Erhebungsjahre ist dadurch etwas eingeschränkt, daß die Gemeinden Kronshagen und Ahrensburg nach 1958 die Lohnsummensteuer abgeschafft haben. In beiden Gemeinden waren im Jahre 1958 rund 300 Betriebe mit einer Lohnsumme von etwa 20 Mill. DM steuerpflichtig.

In 6 726 Fällen, das sind 87% aller 1966 Erfassten, handelte es sich um natürliche Personen. Hierunter waren allein 2 239 Kleinbetriebe mit einer Lohnsumme bis 24 000 DM. Infolge der vielen Kleinbetriebe vereinigten die natürlichen Personen nur 53% der insgesamt erfassten Lohnsumme auf sich. Die 1 033 Betriebe von juristischen Personen, nichtrechtsfähigen Vereinen und ähnlichen

Steuerpflichtigen zahlten dagegen im Durchschnitt wesentlich höhere Lohnsummen. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um größere und große Betriebe mit entsprechend vielen Beschäftigten. Sie waren mit 47% an der insgesamt erfassten Lohnsumme beteiligt. Die gezahlte Lohnsumme betrug je Steuerfall bei den juristischen Personen 851 000 DM, bei den natürlichen Personen dagegen nur 148 000 DM. Für alle Steuerfälle zusammen ergab sich 1966 im Durchschnitt eine gezahlte Lohnsumme von 242 000 DM, das sind je Betrieb 126 000 DM mehr als 1958.

Steuerbelastung

Von der Lohnsumme nach § 24 des GewStG konnten 1966 Freibeträge von über 17 Mill. DM abgesetzt werden; nach ihrem Abzug verblieb eine steuerpflichtige Lohnsumme in Höhe von 1,86 Milliarden DM. Der Anteil der Freibeträge an der Lohnsumme war nach wie vor sehr gering, er betrug wie auch 1958 weniger als 1%. Zur Berechnung der Steuer wird eine Steuermeßzahl auf die steuerpflichtige Lohnsumme angewendet; sie beträgt einheitlich 2‰. Nach ihrer Anwendung erhält man den Steuermeßbetrag. Dieser ist mit dem jeweiligen von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz zu multiplizieren. Das Produkt ergibt die zu zahlende Lohnsummensteuer. Die Hebesätze in den Gemeinden sind seit 1958 die gleichen geblieben.

Steuerfälle, Lohnsumme und Lohnsummensteuer 1966 in der Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Steuerfälle	Lohnsumme		Lohnsummen- steuer
		zusammen	je	
			Steuerfall	
		1 000 DM		
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	45	4 171	93	73
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	22	54 477	2 476	987
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	2 045	950 305	465	16 659
darunter Industrie	596	820 903	1 377	14 450
Handwerk	1 090	89 193	82	1 315
Baugewerbe	1 080	229 582	213	3 974
Handel	2 671	350 569	131	6 067
darunter Großhandel	840	173 667	207	3 066
Einzelhandel	1 636	168 593	103	2 871
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	382	76 798	201	1 361
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	240	103 729	432	1 855
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	1 256	98 780	79	1 637
Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	18	5 485	305	89
Insgesamt	7 759	1 873 897	242	32 702

Der Steuerertrag machte im Jahre 1966 32,7 Mill. DM aus, das sind 1,7% der Lohnsumme. Die Steuerbelastung hat sich somit gegenüber 1958 nicht geändert. Das Steueraufkommen erhöhte sich in gleichem Maße wie die Lohnsumme, nämlich um 101%. Verglichen mit den Erträgen aus anderen Steuerarten (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer) ist das Aufkommen an Lohnsummensteuer unbedeutend. Die Steuer fließt aber nur wenigen Gemeinden zu und bedeutet dort zum Teil eine ganz erhebliche Einnahmequelle.

Gemeindeergebnisse

Das Schwergewicht des Steueraufkommens liegt eindeutig bei den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster. Sie nahmen zusammen fast 30 Mill. DM ein, das sind 92% aller Erträge aus der Lohnsummensteuer. Das höchste Aufkommen erbrachten die Gewerbebetriebe der Stadt Lübeck; sie hatten auch relativ die höchste Steuerbelastung zu tragen. Es folgte die Stadt Kiel, in der infolge des niedrigeren Hebesatzes das Steueraufkommen trotz größerer Lohnsumme und größerer Zahl der Steuerfälle hinter Lübeck zurückblieb. Gegenüber 1958 ist in Lübeck die Zahl der Steuerfälle zurückgegangen, während Lohnsumme und Steuerertrag überdurchschnittlich zunahmen. Unter den kreisangehörigen Gemeinden ist insbesondere das Ergebnis der Stadt Pinneberg zu erwähnen. Hier waren die Zuwachsraten seit 1958 größer als in jeder anderen erfaßten Gemeinde. Dagegen lagen die Veränderungsraten in Glückstadt weit unter dem Durchschnitt.

Wirtschaftliche Gliederung

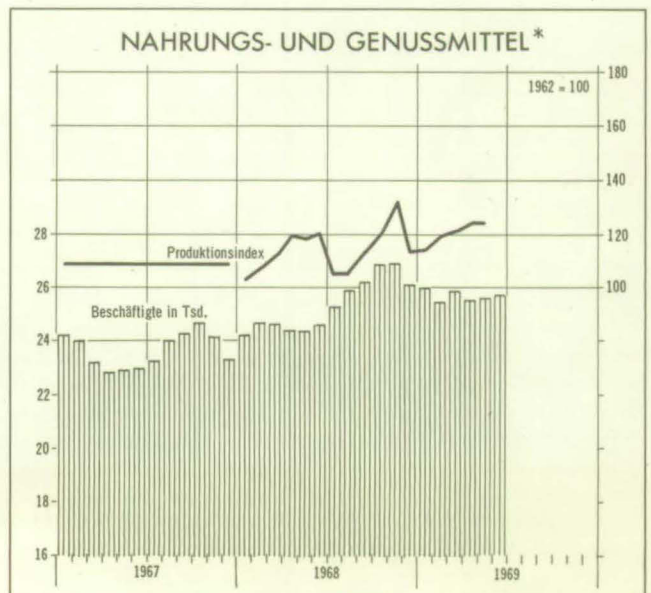
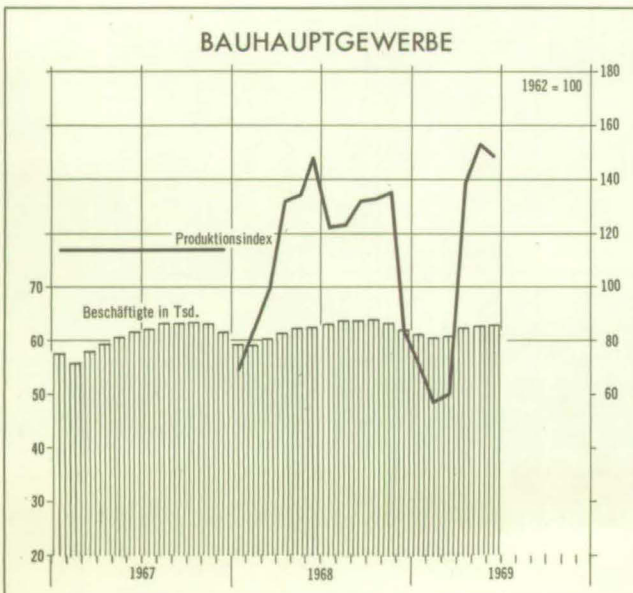
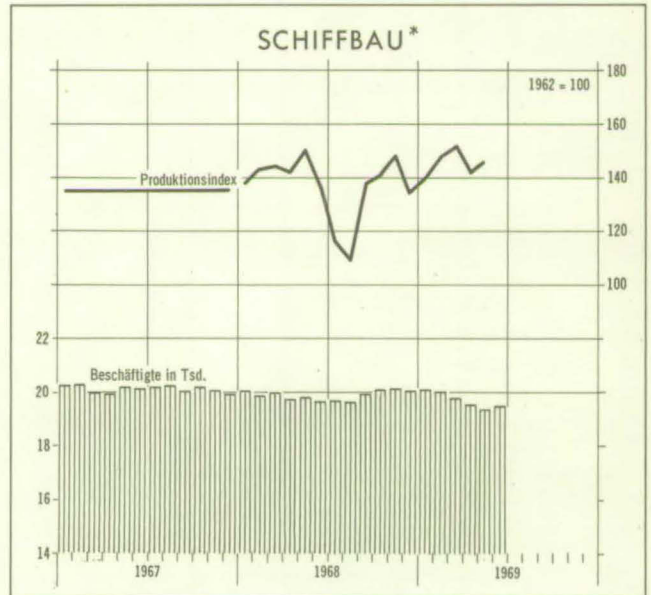
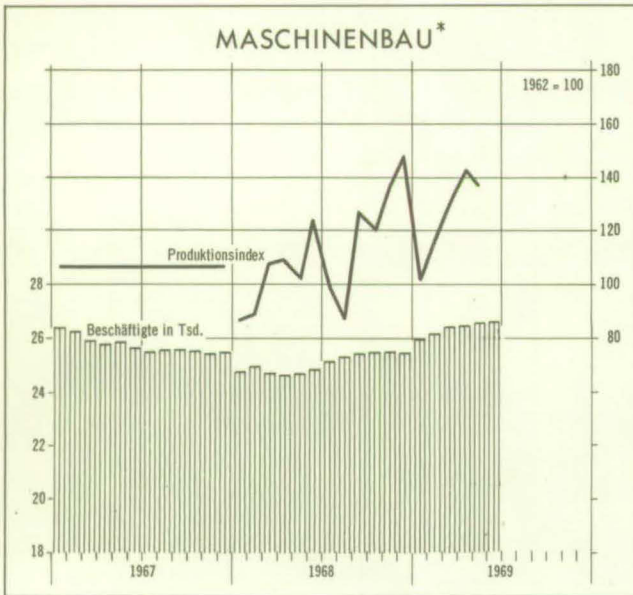
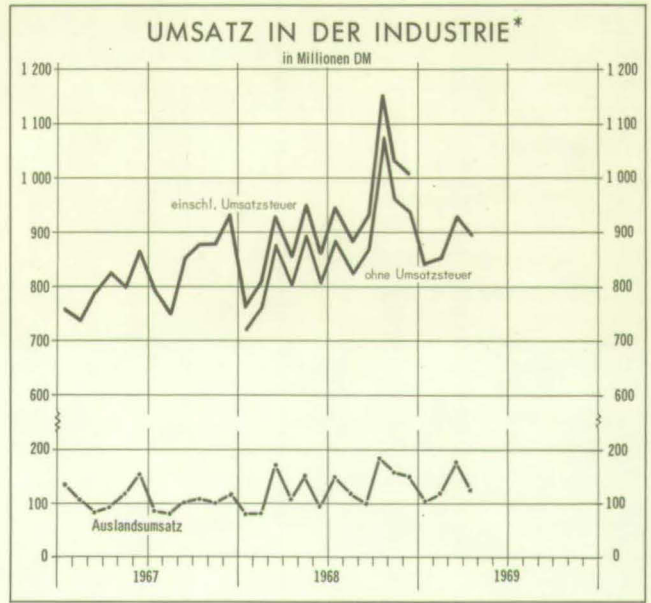
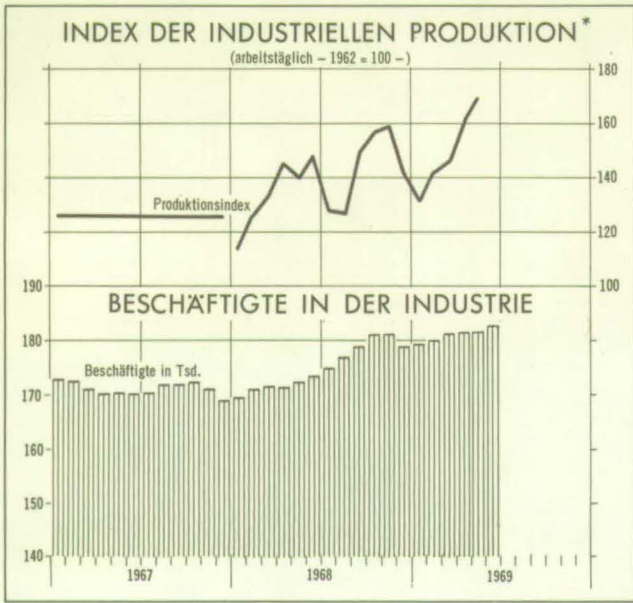
Den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, hierunter besonders denen der Industrie, kommt die größte Bedeutung zu. Die 2 045 erfaßten Steuerfälle in dieser Wirtschaftsabteilung vereinigten 51% der insgesamt erfaßten Lohnsumme auf sich. An zweiter Stelle folgen die Handelsbetriebe. Ihre Anzahl ist zwar noch größer als die des verarbeitenden Gewerbes, jedoch gibt es offensichtlich viel weniger Beschäftigte. Nur 19% der ermittelten Lohnsumme entfiel auf die Handelsbetriebe. Die 1 080 erfaßten Betriebe des Baugewerbes folgen mit einem Anteilswert von 12%. Unter den übrigen Wirtschaftsabteilungen sind die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe sowie die Dienstleistungsbetriebe hervorzuheben. Der Ertrag an Lohnsummensteuer verteilt sich etwa in demselben Verhältnis auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen wie die Lohnsumme.

Das Gewicht der Betriebe in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen tritt besonders deutlich hervor, wenn man die Lohnsumme je Steuerfall berechnet. Die Tabelle oben zeigt, daß die lohnintensivsten Betriebe in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung zu finden sind. Erst an zweiter Stelle folgen die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, und zwar hierunter die Industriebetriebe. Die je Steuerfall gezahlte Lohnsumme im Handwerk gehört zu den niedrigsten, ebenso wie in den Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und Einzelhandel.

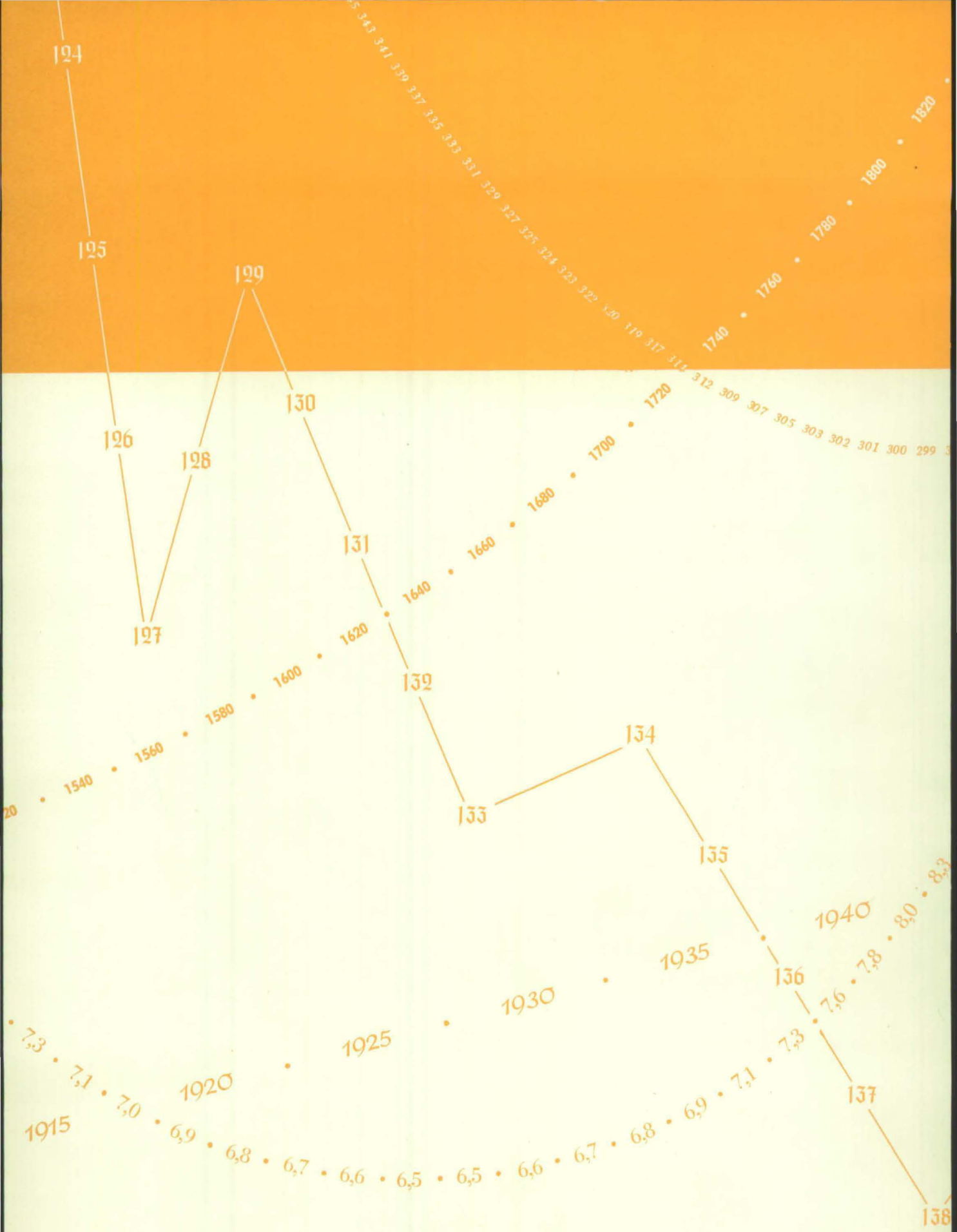
Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen